

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzzährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Parlamentsbeginn.

Nach langen Ferien tritt das Abgeordnetenhaus in einer Zeit zusammen, da die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung schwer bedroht ist. Die fortwährende Preissteigerung fast aller Lebensmittel hat bereits eine Bewegung in der Bevölkerung ausgelöst, deren Umfang die Regierung nicht verkennen möge. An einzelnen Stellen kam es zu demonstrativen Arbeitseinstellungen, Lohnverträge werden aufgelündigt, Massenfundgebungen veranstaltet, Beratungen von Parteien und Gewerkschaften besaßen sich mit der für die Bevölkerung ernstesten Lage. Wenn die Regierungsparteien zeigen wollen, daß sie noch eine gewisse Empfindung für die Not der Bevölkerung haben, dann ist es ihre Pflicht, die Regierung auf einen Weg zu treiben, auf dem eine Linderung der für die Bevölkerung immer schwieriger werdenden Existenzlage eintritt, daß, was in der Macht der Regierung liegt, was an innerpolitischen Maßnahmen gegen die Teuerung geschehen kann, auch tatsächlich geschieht.

Aber nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht rosig, auch die politischen Verhältnisse sind völlig ungeklärt. Mögen auch die Koalitionsblätter in einstimmigem Chöre das alte unsinnige Wort wiederholen: wir haben uns geeinigt, daß wir uns einigen werden, die alte chronische Krise der Koalition hält weiter an. Ungeklärt ist die Frage der Getreidezölle, da die Agrarier noch immer an ihrer Forderung festhalten — trotzdem diese bei der Preisentwicklung auf dem Weltgetreidemarkt geradezu unsinnig geworden ist — und die neueste Taktik der Partei des Herrn Ministerpräsidenten besteht darin, der Sozialversicherung Schwierigkeit auf Schwierigkeit in den Weg zu legen.

Zur schärfsten Kritik jedoch muß herausfordern, wie die Führer der Parlamentsmehrheit das Abgeordnetenhaus behandeln. In der ersten Sitzung des Parlaments werden acht Finanzvorlagen eingebracht werden, über die außer einem kleinen Kreis von Menschen heute noch niemand etwas weiß. Für die Regierung existieren keine Abgeordneten mehr, keine Parteien, sondern nur noch die Bötska und ein kleiner Kreis von Auserwählten, die alle Gesetze bis ins Kleinsten fertigestellen. In diesen in kleinstem Kreis fertigestellten Gesetzentwürfen kann das Abgeordnetenhaus weiter nichts ändern, überstürzt wird alles beraten und in einem Aufwaschen wird eine Reihe von für einzelne Bevölkerungsschichten wichtigen Gesetzen zur Annahme gelangen. Das versteht man hierzulande unter Demokratie! Man weiß also, wessen man sich angesichts der kommenden Parlamentstagung zu versehen hat.

Nimmt man noch hinzu, was in der Zeit der Parlamentsferien geschehen ist, die Gewalttätigkeiten in Karpatenrußland, die Einschränkung der Autonomie Troppaus, die zahlreichen Schulsperrungen, dann wird man nicht sehr freudigen Herzens der Tagung des Parlaments entgegensehen. Die Beratungen der parlamentarischen Ausschüsse, die den Sitzungen des Hauses vorangehen, sind denn auch eine üble Einleitung für die Session. Im Budgetaushuß hat die Koalition, gedrängt von den Agrariern, ein wohlgeklungenes Attentat auf die Sozialversicherung unternommen, indem die Autonomie der Krankenkassen eine weitere Einschränkung erfahren soll. Dagegen macht das Glend der Pensionisten und die Lage der Staatsangestellten den Herren Koalitionspolitikern keine besonderen Sorgen.

In dieser schwierigen Situation, die sie vorfinden, werden die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten bestrebt sein, jene wirtschaftlichen Sorgen zur Sprache zu bringen, die auf der Bevölkerung am drückendsten lasten. Ihre Anträge und Anregungen werden dahin gehen, diesen Wünschen der Bevölkerung Ausdruck zu geben. Sie werden bemüht sein, unter allen Umständen eine Aussprache über die gegenwärtige drückendste Not der Bevölkerung, die Teuerung, zuwege zu bringen, damit die

Die Sozialversicherung im Budgetaushuß.

Immer wieder Verschlechterungen.

Der Budgetaushuß schloß gestern die Debatte über die Sozialversicherungsvorlage unter Vorsitz des Abg. Bradac fort. In der Vormittagsitzung rechnete Abg. Genosse Taub mit den Abänderungsanträgen des tschechischen Agrariers Erdinko in gründlicher Weise ab. Der Landbändler Windirsch sprach in schlecht verhöllter Weise gegen die Vorlage. Von tschechischen Rednern waren die Ausführungen des tschechischen Sozialdemokraten Modraecl bemerkenswert, welcher sich vor allem mit der Möglichkeit einer Schwankung der tschechischen Krone und den Auswirkungen dieser Schwankung auf den Sozialversicherungsfond befaßte.

Die Nachmittagsitzung brachte wieder eine — allerdings nicht mehr ungewohnte — Überraschung: Herr Erdinko rückte mit neuen Verschlechterungsanträgen hervor, was Genossen Hackenberg zu der Erklärung veranlaßte, daß es sich unsere Partei noch wohl überlegen werde, welche Haltung sie zu der Vorlage einzunehmen habe. Es ist dies mit Rücksicht auf die vielen Verschlechterungen, die von den Koalitionsparteien an der Vorlage nicht nur im sozialpolitischen Ausschuß, sondern auch im Budgetaushuß vorgenommen worden sind, wohl leicht erklärlich. Bemerkenswert war auch die Ansicht des Redners der tschechischen Nationalsozialisten, der den Druck der bürgerlichen Parteien bei dem Kompromißwert als zu weitgehend bezeichnete. Der Ausschuß wird morgen zur Abstimmung schreiten. Nachstehend der Bericht über den Sitzungsverlauf.

* * *

Die Debatte im Ausschuß.

Genosse Taub

polemisierte gegen die Ausführungen des Referenten Erdinko. Er meinte, Dr. Erdinko hätte zur Erkenntnis kommen müssen, daß für die Zwecke der Verbilligung der Ausgaben die Einführung der Einheitsklasse eine unbedingte Notwendigkeit sein muß. Redner geht dann auf die von den einzelnen Parteien eingebrachten Anträge über und betont, daß der Referent bei seinen Ausführungen, denen zufolge die Sozialversicherung sowohl eine direkte als eine indirekte Belastung des Staates bedeuten wird, vergessen hat, darauf hinzuweisen, daß Zuschüsse sowohl des Staates als auch des Landesausschusses auf Grund der in Verhandlung stehenden Vorlage nicht mehr in demselben Maße wie bis jetzt erfolgen werden. Er weist weiters darauf hin, daß eine gewaltige und systematische Verschlechterung der Vorlage von Anfang an wahrzunehmen ist. Es wird im allgemeinen davon gesprochen, daß die Sozialversicherung eine gewaltige Belastung der Volkswirtschaft bedeute. Es muß zugegeben werden, daß eine Sozialversicherung ohne Geld nicht gemacht werden kann und auch Herr Dr. Erdinko hat gemeint, daß die Sozialversicherung eine Schuld ist, die wir an der arbeitenden Bevölkerung abzutragen haben. Herr Dr. Erdinko hätte sich da sagen müssen, daß durch die Einführung der Sozialversicherung eine Belastung der Volkswirtschaft schon früher eingetreten wäre und weil sie nicht früher eingeführt wurde, leidet er nun ab, daß die Leistungen in der Sozialversicherung noch zu hoch bemessen sind.

Herr Prof. Dr. Schoenbaum hat als ersten Grundsatze der Sozialversicherung die Ausschaltung der Staatsverwaltung von der Einführungnahme auf die Verwendung des Kapitals aufgestellt und gefagt, daß nur dadurch eine sichere, den wirtschaftlichen Verhältnissen sich anpassende Vermögensanlage gewährleistet werden kann. Taub weist auf die deutsche, französische und englische Vorlage hin, in denen keine einzige Bestimmung enthalten ist, wie sie in unserer Vorlage enthalten ist, in der grundlegende Änderungen vorgenommen werden, weil man einer gewissen Unterströmung innerhalb der bürgerlichen Parteien Rechnung trägt.

Taub wendet sich gegen die Festsatzung der Dienstordnung für die Krankenkassenangeestellten durch die Regierung, sowie dagegen, daß der Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Liegenschaften über 1 Million Kronen durch die Minister für soziale Fürsorge und Finanzen zu genehmigen ist, weiters gegen die Anträge des Referenten zu § 90, Absatz 1 und § 91, Absatz 1, welche dem Finanzminister ein Kontrollrecht einräumen. Einzig in ihrer Art sei auch die Bestimmung, daß mit der Durchführung des Gesetzes die Ge-

samtregierung betraut werden soll. Redner wendet sich gegen die Behauptung, daß die Belastung des Staates eine gewaltige ist und zieht schließlich eine Parallele zu andern Staaten.

*

Windirsch (Abg. d. Landw.) erklärt, seine Partei sei zwar im Prinzip mit dem Gesetzentwurf einverstanden, müsse sich jedoch fragen, „ob der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet ist, ein solches Gesetz in allen seinen Einzelheiten fertigzustellen.“ Die Grundlagen, auf denen es aufgebaut ist, können irrig oder schwankend sein, so z. B. die Bewertung der Tschechokrone, die Tatsache, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht konsolidiert sind usw. Auch werde der Druck der sozialen Lasten schon heute als zu groß (!) empfunden, wozu nun noch die Sozialversicherung kommen soll.

Papel (D. Nat. Soz.) erklärt, daß die Abänderungsvorschläge des Berichterstatters an die Grundlagen der Versicherung greifen und vielleicht berechtigt wären, wenn es sich um Einführung einer Staatsversicherung, nicht aber um Einführung einer Versicherung handeln würde, bei der ja die Berechtigten die Leistungen selbst aufbringen.

Modraecl (Tschech. Sozialdem.) fragt, ob Garantien vorhanden sind, dafür, daß 25 Milliarden, die die Sozialversicherung in 50 Jahren ansammeln soll, nicht zu der Zeit ein Berg wertlosen Papiers sein werden. In Deutschland hat man vor dem Kriege 1½ Milliarden schwer ersparter Arbeitergelder für die Sozialversicherung gesammelt und heute sei deren Wert gleich Null. Daher ist es nötig, darüber nachzudenken, wie man wenigstens einen größeren Teil dieser Kapitalien für die Zukunft gegen eine eventuelle Entwertung sichern könnte. Redner bedauert, daß sein Antrag diese Frage im Zusammenhang mit der Bodenreform zu lösen, nicht berücksichtigt wurde. Er beantragte damals wenigstens 3 Millionen Hektar beschlagnahmten Bodens der Sozialversicherung zur Verfügung zu stellen und zwar als Garantiefond für die Kapitalien der Sozialversicherung. Redner bespricht die Gefahren, die mit einer Sozialversicherung, die auf Papiergeld basiert, verbunden sind.

Bubnit (Kommunist) konstatiert, daß das Sozialversicherungsproblem bei uns ein politisches ist, wodurch es zu einem unannehmbaren Kompromißwert kam.

Daraufhin wurden die Verhandlungen unterbrochen.

In der Nachmittagsitzung sprach als erster Kamelesh (Tschech. Nationaldem.) Er meinte, daß sich die bürgerlichen Parteien gegen eine Verbesserung der Vorlage nicht etwa aus Feindschaft zur Arbeiterschaft stellen, sondern aus Gründen des Gewissens mit Rücksicht darauf, ob unsere

Wirtschaft die neuen Lasten erträgt. Er legt sich schließlich für die Versicherung der Selbständigen ein.

Laube (Tschech. Nationalsoz.) weist darauf hin, daß der Grundsatze der Sparfamkeit, soweit es sich um die Abgaben handelt, bis ins Antisoziale durchgeführt wurde. Vom Grundsatze der Sparfamkeit sei der sozialpolitische Ausschuß sehr rigoros vorgegangen. Redner hofft, daß der Grundsatze der Einheitlichkeit der Versicherung schließlich doch durchdringen werde, und befaßt sich sodann mit den Abänderungen Erdinkos. Er sagt, daß hierin ein verhöllter Angriff gegen die Angestellten der Klassen liege, die in den Reihen der Arbeiterschaft langjährige kulturelle Arbeit geleistet haben. Der Druck der bürgerlichen Parteien, die die Autonomie der Sozialversicherung soweit einschränken wollen, daß sie sogar auf die Ernennung der Beamten Einfluß nehmen wollen, geht zu weit.

Bobel (D. Christl. Soz.) erklärt, seine Partei werde der Vorlage keine Schwierigkeiten bereiten.

Erdinko stellt neue Abänderungsanträge, darunter auch einen, wonach die Lehrlinge in der ersten Lohnklasse zu versichern sind.

Kalina (D. Nat.) führt aus, es sei ganz überflüssig, sachlich zu der Vorlage Stellung zu nehmen, weil ja immer nur das gefordert, was die politische Bötska diktiert. Redners Partei beharre auf der unbedingten Forderung nach nationaler Sektionierung.

Roudnicly (tsch. Agr.) bedauert, daß mit der Vorlage nicht gleichzeitig die Vorlage der selbständig Erwerbenden unterbreitet wurde.

Genosse Hackenberg

wendet sich zunächst gegen die Annahme, daß die Mängel und Härten der Vorlage in abschbarer Zeit werden behoben werden und kritisiert es, daß im Budgetaushuß noch Abänderungsanträge gestellt und angenommen werden, da doch die Vorlage ein Kompromiß darstelle. Die gestern und heute gestellten Anträge des Berichterstatters seien eine neuerliche Verschlechterung der Vorlage. Wenn diese Anträge unter anderem eine Verschärfung der Kontrolle durch die Regierungsorgane vorsehe, so müsse Redner erklären, daß nach den bisherigen Erfahrungen das Vertrauen in diese staatliche Kontrolle ein geringes sei und er im Gegenteil verlangen müsse, daß der Finanzminister seine Hand von den Sozialversicherungsinstitutionen lasse. Dadurch, daß die Regierung die Dienstpragmatik und Dienstordnung genehmigen solle, werden die Rechte bewährter Beamter bedroht. Auch vom Standpunkt der Selbstverwaltung werde dadurch das Recht der Versicherten und der Arbeitgeber geschmälert. Bezüglich der Vorbildung der Beamten müsse er darauf verweisen, daß nicht das Zeugnis, sondern der Mann angesehen werden müsse. Der zu § 12 gestellte Abänderungsantrag, wonach die Lehrlinge in der ersten Lohnklasse zu versichern sind, trifft die wirtschaftlich Schwächsten. Redner beschäftigt sich dann mit einigen Einwendungen, die im Laufe der Debatte gemacht worden sind und kommt auf die Beitragsleistungen zu sprechen. Er betont, daß die eigentlichen Zahler nicht die Arbeitgeber, sondern die Arbeiter sind. Ebenso sei die Eingliederung der Unfallversicherung in die Sozialversicherung keine Schädigung der Unfallversicherten, sondern bedeute im Gegenteil eine Verbesserung ihrer Lage. Hervorgehoben müsse besonders werden, daß das heutige Unfallversicherungsgesetz nicht nur eine Reihe schwerer Mängel enthält, sondern daß die Handhabung dieses Gesetzes eine äußerst schlechte sei. Am Schluß seiner Ausführungen polemisiert Redner gegen den Abg. Windirsch und betont, daß es sich bei der Sozialversicherung nicht nur um eine Einlösung einer Verpflichtung handle, sondern um die Fürsorge der wirtschaftlich Schwächeren. Er legt sich gleichfalls für die Schaffung von Einheitsklassen ein und schließt mit der oben wiedergegebenen Erklärung.

Svoboda (tsch. Sozdem.): Vom Gaimfelder Parteitag bis auf unsere Zeiten haben sich die Kämpfe der Arbeiterschaft in der Richtung nach Durchführung der Sozialversicherung bewegt. Redner behandelt die einzelnen Kämpfe, die die Sozialdemokratie um die verschiedenen Rechte der Arbeiterschaft zu führen hatte, Kämpfe, deren Ergebnisse nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch den selbständigen Gewerbetreibenden zugute kamen.

Nachdem noch Prof. Schönbaum die Vorlage von der mathematischen Seite einer Prüfung unterzog, wurde die Sitzung geschlossen.

Regierung gedrängt wird, alles zu tun, was die Lebenshaltung der Bevölkerung zu erleichtern geeignet ist. Sie werden an ihrer schier unermesslichen Aufgabe, diesem Parlament für die breiten Massen der Bevölkerung etwas abzurufen, unentwegt festhalten, obwohl sie und

die gesamte sozialistische Öffentlichkeit immer mehr zu der Erkenntnis gelangen, daß in diesem Parlament, angesichts der Regierungsmehrheit und der Regierung die Gesetzgebung nicht viel Ersprießliches für die arbeitende Bevölkerung leisten kann.

Sozialdemokratie und nationaler Friede.

Das „Pravo Lidu“ beschäftigt sich in der letzten Zeit wiederholt mit dem Verhältnis der Deutschen zur tschechoslowakischen Republik. Kürzlich erschien hierüber ein Artikel des Genossen Stivin, der sich hauptsächlich mit der Frage des Eintritts der deutschen Sozialdemokraten in die Regierung, also nicht mit dem nationalen Problem, sondern mit der Frage der Beseitigung der Koalitionsschmerzen, beschäftigte. Wenn ein tschechischer Genosse davon ausgeht, daß es für die Stellung der tschechischen Sozialdemokratie in der Koalition vorteilhaft wäre, wenn die deutschen Sozialdemokraten eintreten, so kann im Ernst eine Diskussion über die großen Probleme des Zusammenlebens der Nationen in diesem Staate kaum aufleben. Genosse Stivin weiß und sagt es auch in seinem Aufsatze, daß die deutschen Sozialdemokraten für keinerlei Regierungskombination in Betracht kommen, aber er entwickelt doch den Gedanken weiter, wie es wäre, wenn die deutschen Sozialdemokraten zur Regierungsmehrheit gehörten: sie würden dem Kurs der Regierung eine sozialere und fortschrittlichere Richtung geben. Wie kann denn überhaupt an gemeinsame staatspolitische Arbeit deutscher und tschechischer Sozialdemokraten gedacht werden, so lange nicht über deren Grundzüge Uebereinstimmung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten herrscht!

Das ist's, was deutsche und tschechische Sozialdemokraten brauchen, um gemeinsame politische Arbeit leisten zu können: Verständigung über die Probleme dieses Staates, in dem sie beide wohnen. Durchdenken, theoretische Bearbeitung dieser Probleme, Diskussion über die Stellung des Sozialismus zum Staat und zur Nation und schließlich Erringung übereinstimmender Anschauungen der Proletarier beider Nationen über die Neuregelung des Verhältnisses der Nationen zueinander und zum Staate. Wir müßten, um zielbewußt, sicher und mit der Ueberzeugung der schließlichen Erringung des Erfolges wirken zu können, ein gemeinsames nationales politisches Minimalprogramm haben, — deutsche und tschechische Sozialdemokraten, und jede Partei müßte in ihrem Volke für die Durchsetzung, für die Anerkennung dieses Programmes kämpfen.

Noch immer besteht die vom Hamburger internationalen Kongreß eingesetzte Kommission für die tschechoslowakischen Fragen. Sie könnte uns gewiß ein guter Vermittler sein, wenn diese Vermittlung auf beiden Seiten gewünscht wird. Mit ihrer Hilfe, aber — wenn die tschechischen Genossen dies lieber sehen würden — auch ohne diese Kommission — müßten deutsche und tschechische Sozialdemokraten zu einer Einigung über die Grundlinien der nationalen Verständigung zu kommen suchen, sich ein gemeinsames Programm zu schaffen versuchen, wie sie ein solches in einer für beide nicht unrühmlichen Epoche ihrer Geschichte schon einmal hatten. Und dann müßten sie für dieses gemeinsame Programm gemein-

sam in den Kampf gehen, bei den nächsten Wahlen etwa. Man darf sich über Größe, Schwierigkeit und Länge dieses Kampfes nicht täuschen. Aber an seinem Ende stünde doch der Sieg. Und da wir beide siegen wollen, — müssen wir nicht auch einmal zu kämpfen beginnen?

Utopien, Phantastereien! höhnen die „Realpolitiker“, jene, die so beharrlich auf die bestehenden Tatsachen sich berufen, weil sie deren Nenderung nicht wollen. Aber in allen Utopien liegt ein Stück Wahrheit verborgen, Wirklichkeit von morgen, und wer nicht kühn genug ist, seine Politik hohen und fernem Zielen dienstbar zu machen, sie Zielen zuzuwenden, die so leuchtend sind, daß sie allen Alltagskrämpfern als Utopien erscheinen müssen, der wird ein Krämpfer in der Politik bleiben, aber kein Gestalter werden. Was letztes Ziel der sozialistischen Bewegung ist: die Menschheit zu schaffen und den Menschen, zu überbrücken die Abgründe zwischen den Nationen, aufzuheben die Scheidung in Klassen, gleichzustellen die Völker, das kann uns doch auch nicht als unmöglich erscheinen, wenn wir von sozialistischen Wirkungsmöglichkeiten in diesem Staate sprechen. Und wenn heutige Theorie und Praxis der tschechischen Sozialdemokratie auch „utopistisch“ und realpolitisch genug sind, um uns vor einseitigen und einsamen Schwärmereien und Träumereien zu bewahren, — daß die tschechischen Sozialdemokraten so sehr „Realpolitiker“ sind, daß sie geradezu ängstlich allen Neuzugungen der Volksstimmung lauschen, um sich nur ja nicht in Widerspruch mit ihnen zu setzen, daß sie nur die Realität, die Gegenwart, sehen und darüber der Zukunft gar nicht zu denken wagen, — das nimmt ihnen die Kraft, Zukunftsgestalter zu werden, Führer ihres Volkes und ihres Staates zu neuer Geistigkeit und neuem Empfinden, hinweg über die „Mentalität“ und die „Stimmungen“ von heute, zu neuer Staatlichkeit, schönerer und dauernderer Wirklichkeit.

Wenn die tschechischen Sozialdemokraten die „Realpolitiker“ bleiben, die sie heute sind, dann bleibt ihre Politik am Kleinen haften, dann werden sie nicht diejenigen sein, die die streitenden Nationen auf den Weg der Veröhnung führen. Oder sie vermögen sich loszulösen von den vielerlei Rücksichtnahmen auf die „Verhältnisse“, vermögen um der Zukunft willen vorübergehend kleine Gegenwartsvorteile zu opfern. Dann werden sie erst die wahren Befreier ihres Volkes werden, die Befreier vom Chauvinismus, dessen noch ein bißchen schmächtlicheres ist als es das Habsburgerjoch war. Und wir sind „Utopisten“ genug, um an die zweite Möglichkeit zu glauben. Wir glauben an sie, weil wir wissen, daß auch die tschechischen Arbeiter immer mehr die Freude an der bürgerlichen Republik verlieren müssen, immer weniger sich über den Klassencharakter des Staates durch dessen nationalen Anstrich werden trösten lassen, immer deutlicher die Zusammengehörigkeit mit den Arbeitern der anderen Nationen erkennen werden. Und gleichzeitig wird wohl auch die weltpolitische Situation sich so wandeln, daß die Erkenntnis, daß dieser Staat nicht auf die Dauer von einem Volke gegen die anderen Völker regiert werden

kann, vor allem nicht gegen das deutsche Volk, das im Staate eine so große Minderheit bildet und außerhalb seiner Grenzen der wichtigste Nachbar des Staates ist, immer tiefer in das tschechische Volk eindringen, alle seine Schichten erfassen muß. Wollen die tschechischen Sozialdemokraten warten, bis diese Erkenntnis dem ganzen tschechischen Volke durch die geschichtliche Entwicklung aufgedrängt worden ist? Wollen sie hinter der Entwicklung herhinken, anstatt sie zu fördern? Ach, um nichts anderes geht es doch als darum, die gemeinsamen Klasseninteressen der Arbeiter beider Nationen über die augenblicklichen Koalitionssorgen zu stellen, die Frage um das Schicksal des Sozialismus überzuordnen der Frage, wie denn Regierungs- und Mehrheitsbildungen möglich sind, — weit-schauende Politik zu wagen, den Mut aufzubringen, wirkliche Staatspolitik zu machen, wenn schon das Denken an den Staat die tschechischen Genossen heute so sehr beherrscht. Denn das Schicksal dieses Staates ist doch — durch die Schuld seiner Schöpfer — verknüpft mit der Frage, ob friedliches und zufriedenes Neben- und Miteinanderleben der den Staat bewohnenden Nationen möglich ist. Der sorgt doch wohl am besten für den Staat, der ihn von den qualvollen Erschütterungen der nationalen Kämpfe zu befreien versucht. Und da auch die Entwicklung der Arbeiterklasse, ihre Vereinigung, ihr Vormarsch, ihre Erfolge abhängen von der Lösung der nationalen Frage, so berühren sich hier Notwendigkeiten der Arbeiterklasse mit Notwendigkeiten des Staates. Schließlich aber hängt mehr noch als die Entwicklung des Proletariats die Zukunft des Staates von der Lösung dieses Problems ab.

Leider kommt einer Diskussion über die Herstellung der nationalen Ordnung in diesem Staate auch zwischen uns und den tschechischen Sozialdemokraten derzeit keine aktuelle politische Bedeutung zu. Solange für die tschechoslowakische Sozialdemokratie der Grundsatz ihrer Politik die allnationale Koalition ist, kann sie nicht zugleich mit uns an der Herbeiführung des nationalen Friedens praktisch arbeiten. Dem politisch großen Umschwung in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie muß wohl eine große Wandlung in der Denkweise und in den Auffassungen der Vertrauensmänner und Massen der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei vorausgehen. Wenn eine Diskussion zu diesem Denkprozeß, zu dieser physischen Wandlung beitragen könnte, wäre ihr Erfolg nicht gering zu veranschlagen.

Inland.

1000 Bergarbeiter aus Bhafter geworfen.

Mähr.-Odraa, 3. September. Die Blätter berichten, daß die Witkowitz Werke die Kohlerzeugung um 10 Prozent reduziert und die Arbeit in einigen Abteilungen eingeschränkt haben. Die Zahl der infolge dieser Arbeitseinschränkung entlassenen Arbeiter betrage nach Informationen des „Moravsko slezsky demit“ fast 1000 Personen.

Die Deutschnationalen und die völkischen Schwindler.

Die subdeutschnationale Presse hat vor einigen Tagen, als ihre Parteigenossen in Deutschland plötzlich umfielen, die Sprache verloren und sie bis jetzt noch nicht ganz wiedergefunden. Vor der Abstimmung über das Donesgutachten im Reichstag haben die deutschnationalen Blätter, unter Führung der „Subdeutschnationalen Tageszeitung“, den Mund so voll genommen, daß einem beim bloßen Zusehen übel ward. Jeden Tag brachten sie Artikel und Meldungen über den „Schandvertrag“ und den „Verrat am deutschen Volke“, den jeder wahre Deutschnationale bis auf den letzten Hauch von Mann und Hof bekämpfen müsse. In Prag und Bodenbach — weit vom Schuß — waren die Herren noch radikalere als die in Berlin. Dann kam der große, jämmerliche Unfall der Deutschnationalen draußen. Seitdem ist Stammeln die einzige Lebensäußerung der „Subdeutschnationalen Tageszeitung“. Von allen Seiten angeschossen, geben die Deutschnationalen jetzt zu, daß nur ein einziger Grund für ihren Sinneswechsel maßgebend war: nämlich die Jurat vor der Auflösung des Reichstages und vor Neuwahlen, die ihre Partei niedergedrückt hätten. Interessant ist, wie die deutschen Nationalsozialisten sich darüber freuen, daß ihnen die Deutschnationalen die Kasanien aus dem Feuer geholt haben, zu gleicher Zeit aber die Deutschnationalen wegen ihrer Haltung verhöhnen und beschimpfen. Der Duxer „Tag“ stellt in einem Artikel, den er sich aus München schreiben ließ, fest, in welcher elende Situation Deutschnationale und Völkische bei Neuwahlen gekommen wären und freuen sich darum der Tatsache, daß die Deutschnationalen durch ihren Unfall auch die Völkischen von einer schweren Niederlage bewahrt haben. Sie freuen sich weiter darüber, daß sich die Deutschnationalen, ihren Unfall abzulassen lassen, u. zw. um ein paar Ministeressel, wovon sich wiederum die Völkischen einen Stück noch recht versprechen. Man weiß wirklich nicht, ob man bei dieser Sachlage die Deutschnationalen oder die Völkischen als die gefährlicheren Schwindler bezeichnen soll. Bemerkenswert ist auch folgende Aeußerung, die der Duxer „Tag“ in einem früheren Artikel getan hat. Er schrieb vor wenigen Tagen: „Wir stehen heute in der Bekämpfung des kapitalistischen Systems den Kommunisten so nahe, daß wir im Reichstag das Bild einer festgeschlossenen Organisation abgeben.“ Dieses offene Bekenntnis ist, obwohl es nichts Neues hat, durch seine Prägnanz und dadurch, daß es eben ein Selbstbekenntnis ist, ungemein wertvoll, insbesondere mit Rücksicht auf die Herren Kommunisten, deren Kampf gegen den Kapitalismus sich in der Wirkung auch tatsächlich mit dem Effekt des nationalsozialistischen „antikapitalistischen“ Kampfes deckt. Die halbkreuzlerischen wie die kommunistischen Methoden führen unausgesetzt zur Stärkung des Kapitalismus und zur Schwächung der Arbeiterbewegung. So sind die einen wie die anderen Helfer des Bürgertums und stehen im den Deutschnationalen in einer Front.

Auf dem Nebengeleise. Der externe Mitarbeiter des „Pravo Lidu“, Genosse Flovy, der keinerlei verantwortliche Stelle in der Partei oder Presse der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bekleidet, hat nun zum zweitenmal im „Pravo Lidu“ seine private Meinung über die Forderungen der Deutschen zum Ausdruck gebracht. Es tut uns leid, daß wir nicht mit der Redaktion des „Pravo Lidu“ oder mit bekannten

16 Deribirische Expreß.

Roman von Frank Heller.

Copyright by G. Müller, München.

Das System verlagert aber nicht, bevor der Systembesitzer sich einen kleinen Fonds angeammelt hatte, der ihn instand setzte, die Niederlage des Systems zu verschmerzen.

Nun sammelte sich der Wirbel von Millionären und Millionärinnen zu einem kompletten, lebenden und nicht einmal sehr leuchtenden Millionär, der an Jakob Jfozki Seite niederlang. Jakob grüßte ihn mit einem Sädeln, zu dessen Herzlichkeit nur die Edzähne fehlten.

„Ich bin wirklich froh, daß ich Sie getroffen habe!“ rief der tanzende Millionär.

„Und ich, daß ich Sie getroffen habe“, sagte Jakob Jfozki, herzlich nach dem Stoffsädeln schielend.

„Sie haben mir Aufklärungen gegeben, die ich im höchsten Grade benötige“, fuhr der Millionär fort, „aber geben Sie mir noch mehr! Ich brauche Sie. Und amentlich eine Sache. Sagen Sie mir: Warum hat man Krieg geführt?“

Jakob Jfozki berichtete mit einigen warmen Worten darüber. Der Fremdling klatschte in die Hände.

„Das nenne ich Neugier: Der Militarismus ist befeigt und aus der Welt verbannt! Freiheit und Recht triumphieren überall, und die Völker bestimmen über sich selbst! Für solche Ziele muß man bis zum letzten Blutstropfen kämpfen, das begreife ich! Wenn Deutschland dagegen kämpfte, dann war es ein wahres Glück, daß es den Krieg verloren hat. Aber sagen Sie mir nur eines: Wenn die Gegner Deutschlands für solche Ziele kämpften, warum hat die Welt ein düsteres Gesicht? Warum sehen die Bierzehn-

jähriger so aus, als wenn sie sieben Jahre wären?“

„Weil man die Deutschen aushungern mußte.“

„Sie aushungern!“ rief der Millionär. „Ist das wahr? Hat man ein ganzes Volk mit Frauen und Kindern ausgehungert?“

„Ja, sonst wäre man nie mit ihnen fertig geworden. Sie haben ihr eigenes Bestes nicht eingesehen, sie —“

„Aber war das recht, als Kriegführung betrachtet?“

„Vollkommen recht, das haben auch alle eingesehen, außer den Deutschen selbst.“

Der Millionär grübelte mit gekrüchtler Stirn. Endlich schüttelte er sich und sagte:

„Gottlob, daß ich auf Sie gestoßen bin und Sie als hilfreiche Hand habe! Sie gestatten doch, daß ich Sie meine hilfreiche Hand nenne? Ich brauche eine in dieser sonderbaren neuen Welt.“

„Natürlich!“ beeilte sich Herr Jakob Jfozki zu versichern. Er glaubte in einem Traum zu leben. Dreitausend Mark auf der Straße und ein egyptischer Millionär, dem er zurechtshelfen sollte! Und den er überdies noch als Mittelperson bei dem englischen Kommissar verwenden konnte! Neugierigkeiten, die man verkaufen will, dürfen nicht zu alt werden. Die Pläne seines Vaterlandes gegen Danzig mußten so rasch als möglich verkauft werden. Er begann anzudeuten, worin diese Pläne bestanden, aber der Millionär unterbrach ihn bald:

„Wenn Sie denken wie ich, dann gehen wir zuerst in ein Restaurant und essen eine Kleinigkeit!“

Jakob Jfozki dankte beflissen.

„Das ist nur eine Sache“, sagte der Millionär unruhig. „Glauben Sie, daß draußen in den Restaurants Wächter sind?“

„Wächter?“

„Ja, wissen Sie, um auf diesen Narren aufzupassen, der in Danzig ausgebrochen ist.“

Jakob Jfozki kühlte, wie ihm wieder ein Arieblen über den Rücken lief. Was waren das für hartnäckige Phantasten?

„Narren?“ stammelte er.

„Ja, er kann ja gemeingefährlich sein. Man hat wohl Wächter aufgestellt, um aufzupassen, daß er nicht hineinkommt?“

„Aber ich habe von keinem Narren etwas gehört. Es hat nichts in den Zeitungen gestanden, nirgends! Von was für einem Narren reden Sie denn überhaupt?“

„Regen Sie sich nicht auf“, sagte der Millionär. „Ich habe nur in Danzig ein Gerücht gehört und es vielleicht zu erst genommen. Sie haben also nichts gehört? Und glauben Sie nicht, daß Wachen aufgestellt sind?“

„Nein! Nein! Nein!“

„Es ist gut! Dann gehen wir!“

Der Millionär stand auf und hob seine Bestimmer aus dem Sande auf, das Stoffsädeln, den Gegenstand von Jakob Jfozki's Träumen — auch den Papierfackel, der die Gemeln enthalten hatte. Das war wirklich ein Schulbeispiel von Rabobergentrität, eine Illustration zu der alten Geschichte von der aufgehobenen Stednadel.

Zwanzig Minuten später verließ Jakob Jfozki das Badehaus in Gesellschaft eines lebenden Millionärs. Als sie ein paar Schritte gegangen waren, blieb der reiche Mann stehen, sah sich unruhig um und zupfte an seinem Anzug. Seine Blicke ruhten mit Unwillen auf dem Stoffsädeln, das er in der Hand trug.

„Pui Teufel, wie das da aussieht! Alle Menschen glohen es an. Aber was soll ich mit all dem Gold anfangen? Sind die Banken offen?“

„Nein! Jakob Jfozki's Augen hingen wie

beraubert an den blinkenden Goldmünzen, die sich in dem erwähnten Sädeln stauten.

„Sie wären wohl nicht so freundlich, das Gold zu übernehmen und mir Papiergeld dafür zu geben?“

Jakob Jfozki zeigte stumm seine armseligen dreißig Hundermarkscheine. Der Millionär stieß einen Ausruf der Befriedigung aus.

„Aber da haben Sie ja mehr als nötig ist! Wollen Sie mir zweitausend Mark geben und mich von dem Sädeln befreien?“

Ob Jakob Jfozki das wollte! Er hatte keinen heißeren Wunsch im Leben. Mit bebenden Fingern gab er dem einfürtigen Millionär zwanzig Hundermarkscheine und nahm das Stoffsädeln. Er überzählte nicht einmal den Inhalt, wie der Millionär vorschlug; stumm vor Gemütsbewegung winkte er edelmütig mit der Hand ab: „Ich nehme es auf guten Glauben!“ Eine halbe Million für zweitausend Mark! Der Mann hatte keine Ahnung vom Kurs! Er lebte noch in der Welt vor dem Kriege, wo hundert Mark in Gold hundert Mark in Papier waren! Eines war sicher: solange er diese Illusion bewahrte, würde Jakob Jfozki stets an seiner Seite sein, bereit, zu wechseln!

„Ja — haben Sie Ihr ganzes Geld in dieser Weise — in G — Gold?“ stammelte er.

„Ja“, sagte der Fremdling und zog mühsam die Augenbrauen zusammen. „Das ist unpraktisch. Ich werde es wechseln, sobald es möglich ist.“

Ein Gedanke kam Jakob Jfozki. Wenn der Millionär die Preise in den Restaurants sah, dann konnte ihm der Verdacht aufsteigen, daß zwischen Goldmark und Papiermark ein Unterschied war. Das durfte nicht geschehen! Das mußte verhindert werden! Jakob Jfozki dachte nach, fand rasch ein Mittel, es zu verhindern, ein Mittel, das seinem innersten Wesen widerstrebe, kämpfte mit sich selbst und überwand sich selbst.

(Fortsetzung folgt.)

Funktionären der tschechoslowakischen Sozialdemokratie eine öffentliche Diskussion über die schwebenden Streitfragen führen können. Bei allem Respekt vor Genossen Iljov müssen wir doch bemerken, daß weitere Diskussionen über seine etwas rückständigen Kenntnisse und Meinungen auf dem Gebiete der nationalen Frage uns ziemlich unfruchtbar erscheinen. Eine solche Stellungnahme zu den Problemen erfolgt übrigens heute wieder in unserem Blatte an anderer Stelle. Für die "Mentalität" der tschechoslowakischen Sozialdemokratie ist es immerhin bezeichnend, daß über die Schicksalsfrage des Proletariats in diesem Staate in ihren Reihen nur Genosse Iljov mit uns diskutieren will.

Russland.

Russlands Chinapolitik.

Der diplomatische Feldzug, den die Sowjetregierung seit langem in Peking geführt hat, ist dieser Tage mit einem vollen Erfolg der Russen beendet worden. Der Vertreter der Moskauer Regierung in Peking, der Armentier Karakhan, hat das erreicht, was dem geschickten Diplomaten Joffe seinerzeit nicht glückte. — Schon das zaristische Russland hat an China ein sehr starkes Interesse gehabt und versucht im fernen Osten einen Ausgang zum warmen Meere zu gewinnen und sich gleichzeitig in den Besitz der noch ungehobenen Bodenschätze Chinas und der Mongolei zu setzen. Damals trat Japan den Russen gegenüber und im mandschurischen Krieg behielten die Japaner die Oberhand. Die Bolschewiki nahmen, wie andere zaristische Pläne, so auch den der Ausdehnung im mongolischen Osten auf. Solange sie mit Japan als Gegner zu rechnen hatten, war es schwer für sie, Boden zu gewinnen. Der wachsende Gegensatz zwischen Japan und Amerika, sowie innere Schwierigkeiten betrogen aber die japanische Regierung, sich mit Russland freundlicher zu stellen und so arbeiteten seit einiger Zeit der russische und der japanische Vertreter in Peking zusammen. Außerordentlich dokumentiert sich die russisch-japanische Chinapolitik in dem Kampf um die Errichtung einer Wochenschau in Peking. Während nämlich sämtliche Mächte in China nur Gesandte haben, errichtete Russland eine Botschaft und Japan trägt sich mit den gleichen Absichten. Der Führer des internationalen diplomatischen Korps in Peking wird also entweder der Botschafter einer von den meisten Staaten überhaupt nicht anerkannten Macht oder ein Japaner sein. Besonders für Amerika sind beide Möglichkeiten gleichbedeutend mit einer Protokollation, weil man den amerikanischen Gesandten weder einem Botschafter noch einem Mongolen wird unterstellen wollen. Der Streit um die äußere Form hat aber einen tieferen Kern. Das Dreimächteabkommen zwischen Japan, China und Russland, das Karakhan zustandegebracht hat, kann sehr gut als die Vorbereitung einer politischen Formel angesehen werden, die etwa ähnlich der amerikanischen Monroe doktrin lauten könnte: "Asien den asiatischen Mächten". Für die außerasiatischen Mächte bedeutet der Erfolg Karakhans eine schwere Niederlage.

Die Stärke der kommunistischen Parteien.

Das offizielle Organ der kommunistischen Internationale, die "Inprekor", veröffentlicht nach dem auf dem letzten Weltkongress vorliegenden Bericht folgende Zahlen über die Stärke der einzelnen "Sektionen" der kommunistischen Internationale: Sowjetrußland 244.466 Mitglieder, also um netto dreißigttausend weniger als die sozialdemokratische Partei Wiens; dazu kommen noch 209.753 Kandidaten, das sind offenbar Leute, die noch nicht hinreichend würdig befunden worden sind, zur Partei zugelassen zu werden. Rechnen wir die "Kandidaten" zu den Mitgliedern, so hat das hundertmillionenförmige kommunistische Russland etwa um sechzigtausend Parteimitglieder weniger als die sozialdemokratische Arbeiterpartei des sechs-millionenförmigen Oesterreich, Ukraine 89.177 Mitglieder, 37.566 Kandidaten, Wehrrepublik 6433, 3805, Armenien 1875, 2422, Aserbaidschan 7163, 10.162, Georgien 10.964, 2713, also in Summa 13.000 Anhänger; nun sei daran erinnert, daß die georgische Sozialdemokratie achtzigtausend Parteimitglieder zählte und man weiß, was man von dem Schwindel der "kommunistischen Revolution in Georgien" zu halten hat. Deutschland etwa 350.000, Frankreich 50.000 und 5000 Kandidaten, Italien 12.000, Tschechoslowakei 130.000, England 3000, Irland 50 Bulgarien illegal, Jugoslawien illegal, Rumänien 2500, Griechenland 2500, davon 450 Kandidaten, Türkei 600, davon 350 Kandidaten, Finnland illegal, Estland 3250 illegal, Lettland 1000 illegal, Litauen illegal, Schweden 12.000, Norwegen 16.000, Dänemark 700, Holland 1700, Belgien 500, Schweiz 4000. Oesterreich kein Bericht, was wohl verständlich ist, denn was aus Oesterreich zu berichten gewesen wäre, hätte gar zu jämmerlich ausgesehen. Ungarn kein Bericht, Island 450, Spanien 5000, Portugal 700, Vereinigte Staaten 27.000 (sympathisierende Partei), Kanada 4000, Australien 250, Südafrika 400, Mexiko 1000, Argentinien 3500, Chile 2000, Uruguay 600, Brasilien 350,

Japan illegal, China 800 illegal, Indien illegal, Korea illegal, Persien 600, Mongolei 4000 (sympathisierende Partei), Ägypten 700, Palästina 100, Zentralamerika 50, aber noch nicht anerkannt.

Man wird wohl kaum leugnen können, daß diese Armeen für die Weltrevolution doch noch ein wenig zu schwach sind. Wenn man den ausgewiesenen Zahlen auch vollen Glauben schenkt, so zählt die ganze kommunistische "Welt" — ohne Russland und Deutschland — nicht mehr Mitglieder als irgendein kleiner Parteiprengel in Ostafrika oder Fäbörrien; die kommunistische Partei Englands hat weniger Mitglieder als irgendein kleiner Parteiprengel in Ostafrika oder Fäbörrien; die kommunistische Partei der Vereinigten Staaten mit einer Bevölkerung von mehr als hundert Millionen Einwohnern hat etwa soviel Mitglieder wie bei uns eine sozialdemokratische Bezirksorganisation Floridsdorf; die ganze kommunistische Partei der Tschechoslowakei — Tschechen, Deutsche, Magyaren, Slowaken — hat insgesamt soviel Mitglieder wie etwa die sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich. Der Bericht erweist eben, daß die Kommunisten gerade in den industriellen, arbeiterreichen und für die Entwicklung des Sozialismus entscheidenden Ländern des Westens ganz einflusslos sind. Wenn man von den Inflationsgewinnen der kommunistischen Partei Deutschlands absieht, die etwa 350.000 Mitglieder ausweist — diese Inflationsgewinne werden ebenso zerrinnen wie die Inflationsgewinne der Gokentkreuzler — so finden wir keinen einzigen Staat des Westens, wo die Kommunisten überhaupt noch Bedeutung besitzen; so zählt beispielsweise die kommunistische Partei des industriereichsten Staates des Kontinents, Belgiens, sage und schreibe fünfzehnhundertneunzig Mitglieder, Dänemark 700, Holland 1700, die in zwei, drei oder vier "Richtungen" gespalten sind, und gar England, das England der Arbeiterregierung, ganze dreitausend. Und nun stelle man sich diese kommunistische Bewegungen ohne die finanzielle Hilfe Moskaus vor!

Das verfrachtete Marokko-Abenteuer Spaniens.

Die Truppen Primo de Riveras auf der Flucht. — Der hinauswurf Spaniens aus Marokko führt zu einer europäischen Marokko-Krise?

Paris, 3. September. (Havas.) Einer Meldung des "Matin" zufolge, ersuchte der Kommandant der spanischen militärischen Abteilungen in Tetoua, da er den verstärkten Angriffen der Rifstämme nicht standhalten konnte, um die Erlaubnis, die Stellungen räumen und das Kriegsmaterial vernichten zu können.

In Spanien herrscht einige Sorge, daß am 13. September, dem Jahrestage der Schaffung der Regierung Primo de Riveras Versuche zum Sturze derselben unternommen werden. Es werden aber Gegenmaßnahmen getroffen werden, um solche Pläne zu vereiteln und Kundgebungen der Anhänger der Regierung zu veranstalten.

Eine Macht traut der anderen nicht.

London, 3. September. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, die Möglichkeit einer vollständigen oder wesentlichen Zurückziehung des spanischen Heeres aus dem Gebiete des spanischen Protektorates in Marokko habe begonnen, die europäischen Regierungen zu beschäftigen und mit Sorge zu erfüllen. Die spanische Zone und die spanische

Autorität in Marokko seien durch einige internationale Vereinbarungen, wie den Akt von Algeciras, festgesetzt. Der künftige Status solcher Gebiete von Marokko, die eventuell durch die spanischen Truppen geräumt werden, würde daher von den Signatarmächten dieser und verwandter Abmachungen geprüft werden müssen, besonders, wenn der Versuch gemacht werden sollte, an Stelle der Autorität Spaniens die einer anderen auswärtigen Macht treten zu lassen. Das Problem würde zweifellos die lebenswichtigen Interessen aller Mittelmeer-mächte, einschließlich Großbritannien und Italiens, sowie der Vereinigten Staaten, aus besonders wirtschaftlichen und juristischen Gründen beschäftigen.

Von Primo de Riveras Gnaden.

Prag, 3. September. Die spanische Botschaft teilt mit: "Se. Majestät der König von Spanien Alfons XIII. hat dem Herrn Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Masaryk und dem Minister des Äußeren Dr. Ed. Benes das Großkreuz des Ordens Karl III. verliehen. Diese Auszeichnung ist der oberste Grad des höchsten Ordens und wird nur an Staatsoberhäupter verliehen." Welch eine Ehre!

Der Genfer Kongress.

Ankunft Macdonalds — Debatte über den Tätigkeitsbericht.

Genf, 3. September. (Helv.) Macdonald ist heute morgen hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe von Lord Parmoor, Minister Henderson, Bundesrat Motta, zahlreichen Delegierten und hohen Beamten des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes begrüßt.

Die Völkerbundversammlung eröffnete heute die Wechseltrede über den Tätigkeitsbericht des Rates und des Sekretariats des Völkerbundes. An der Sitzung nahmen Macdonald und Herriot teil. Beim Eintritt in den Saal begab sich Herriot sofort zu dem Blase Macdonalds, der schon vor ihm eingetroffen war und begrüßte ihn. Versammlung und Tribüne brachen in lebhaftes Beifallstauschen aus. Präsident Motta eröffnete hierauf die Versammlung, indem er den beiden Ministernpräsidenten einen herzlichen Willkommengruß bot und ihnen für das Interesse dankte, das sie dem Völkerbunde entgegenbrachten. Die durch ihren Besuch bekundete Sympathie sei ein gutes Zeichen für die Arbeiten des Völkerbundes.

Jhii (Japan) sprach dem Völkerbunde Dank aus für die Teilnahme und Hilfe des Völkerbundes anlässlich des katastrophalen Erdbebens in Japan. Murray (England) führte aus, es sei notwendig, daß der Völkerbund auch fernerhin dem Minderheitenproblem die größte Aufmerksamkeit widme. Ransen (Norwegen) trat für die weitere Verbreitung des Gedanken des Schiedsgerichtshofes, sowie der obligatorischen Pflicht der Anrufung des internationalen Gerichtshofes ein. Der persische Prinz Arsa Ebd-Dowleh wies auf den Umsturz im Oriente hin, der darin bestehe, daß dem Völkerbunde immer größere Sympathien entgegengebracht werden. Er dankte für die Hilfe des Völkerbundes bei der Bekämpfung der epidemischen Krankheiten im Orient.

In der Nachmittagsitzung der Völkerbundsversammlung sprachen lediglich die Vertreter Finnlands und Albanien zum Berichte des Völkerbundesrates, worauf die Rednerliste erschöpft war und die Sitzung aufgehoben wurde.

Morgen wird Macdonald über die Abrüstung und Sicherheit sprechen.

Bandeneinbruch in Polen.

Warschau, 3. September. Blättermeldungen zufolge unternahm eine 40 Mann zählende Bande einen Überfall auf ein Grenzdorf in Ostpolen. Die Angreifer steckten einen Meierhof in Brand, plünderten ihn aus und töteten einen Landarbeiter. Die Blünderer wurden aber in einem Walde umzingelt und festgenommen. Sie werden vor ein Standgericht gestellt werden.

Mögliche Annahme des Achtstundentag-Übereinkommens durch Deutschland.

Berlin, 3. September. (Eigenbericht.) Der Reichsarbeitsminister Braun veröffentlichte eine längere Erklärung über die Stellung Deutschlands zum Washingtoner Übereinkommen. Das Wesentlichste daraus ist die Mitteilung, daß die deutsche Regierung den Beitritt zum Übereinkommen von Washington über den Achtstundentag niemals grundsätzlich abgelehnt habe; die jeweilige deutsche Gesetzgebung über die Arbeitszeit sei von der Regierung stets als eine Notgesetzgebung betrachtet worden, an der sie nicht länger festhalten wolle, als es die ganz außerordentlich schwierige Lage Deutschlands fordere. Das gelte umso mehr, als der Inhalt des Übereinkommens und demnach auch das Maß der Bindung bisher in der Gesetzgebung der einzelnen Länder eine sehr verschiedene Auslegung gefunden hätte.

Deutschland sei gerne gewillt, mit den übrigen in Betracht kommenden Ländern eine Verständigung hierüber herbeizuführen, und würde sich in diesem Falle zu einer Annahme der Washingtoner Verträge bereit finden.

Am 8. September beginnt in Bern die Konferenz der Arbeitsminister der großen europäischen Länder. Nach dieser Erklärung des deutschen Arbeitsministers wäre also zu erwarten, daß Deutschland das Arbeitszeitübereinkommen von Washington annimmt, wenn dies gleichzeitig auch von den anderen noch beiseite stehenden Staaten geschieht. Die Red.

Die Wirren in China.

London, 3. September. Das Reutersche Büro meldet aus Shanghai, daß 20 Meilen von Shanghai an der Bahnlinie Shanghai—Nanking die Kämpfe begannen.

Shanghai, 3. September. (Reuter.) Es wurden alle Schritte unternommen, um die Fremdenkolonie zu schützen. Vom französischen Panzerschiff "Jules Ferry" wurde bereits eine kleine Abteilung Marinesoldaten entsandt. 1500 Ortsfreiwillige reichen nicht für alle Fälle aus.

Tokio, 3. September. (Reuter.) Der Kreuzer "Tatsuta" mit 150 Mann Besatzung wurde nach Shanghai entsandt.

Revolution in Georgien?

Paris, 3. September. (Havas.) Der Genfer Korrespondent der "Agence Havas" meldet: Laut einer Mitteilung, welche der georgische Dele-

gierte der Presse machte, soll ganz Georgien und Aserbaidschan seit fünf Tagen in einem Aufbruch gegen die Sowjets verwickelt sein. Die Hälfte der Landesfläche sei bereits von den Aufständischen erobert worden. In den Straßen spielen sich heftige Kämpfe ab.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in: New York 100 Kr Dollar 3.0070 Zürich 100 Schweiz. Frank 15.9250 Berlin 1 Mark 126.050.000.00000 Wien 1 österr. Kronen 2.18570

Devisenkurse am 3. September.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1317.00 00	1323.07 00
1 Billion Mark	8.01 87	8.21 87
100 belg. Franken	170.75 00	172.25 00
100 schweiz. Frank	640.50 00	643.50 00
1 Pfund Sterling	152.40 00	153.80 00
100 Lire	150.50 00	152.00 00
1 Dollar	33.95 00	34.25 00
100 franz. Frank	184.12 50	185.62 50
100 Dinar	44.12 50	44.62 50
10.000 ungar. Kronen	4.17 00	4.67 50
100 poln. Zloty	652.50 00	638.50 00
10.000 österr. Kronen	4.70 25	4.90 25

Tages-Neuigkeiten.

Arbeiterkern Übung!

Die Kinder irgend einer vom Staate anerkannten Konfession sind vom obligaten Religionsunterrichte befreit, wenn die Eltern oder deren Stellvertreter darum ansuchen. Diejenigen Eltern, welche diese Bestimmung des "Keinen Schulgesetzes" in Anspruch nehmen wollen, müssen sofort bei der Einschreibung dem Schulleiter, nachher aber spätestens bis 25. September, dem zuständigen Bezirksschulamte eine schriftliche Erklärung, etwa folgender Art abgeben:

Ich wünsche nicht, daß mein Kind (Name und Klasse) in der Schule am Religionsunterrichte teilnehme.

Datum Unterschrift und Adresse der Eltern.

Konfessionslose Kinder oder solche, die einer vom Staate nicht anerkannten Religion angehören, sind allgemein vom Religionsunterrichte befreit, so daß für sie kein besonderes Gesuch eingebracht zu werden braucht.

Macdonalds Lob.

Von Hans Bauer.

Macdonald hat die Londoner Konferenz mit einem Dank an ihre Mitarbeiter geschlossen. Unter diesen Mitarbeitern verstand man bislang die Herren delegierten Minister und allenfalls einige Staatssekretäre und Ministerialdirektoren; der englische Ministerpräsident hat aber in seinem Schlusswort den Begriff der Mitarbeiter ausdrücklich stark erweitert und sogar die Stenotypistinnen in ihn mit einbezogen. Es dürfte dies das erstmalig sein, daß von einem so weithin sichtbaren Podium wie dem des Präsidentenstuhles einer Völkerkonferenz die schlichten Ausüher einer maschinellen Tätigkeit in den Rang einer direkten Mitarbeit an dem Wohle der Welt erhoben worden sind.

Es mag an Ramsay Macdonald dies und jenes anzusetzen sein. Daß er überhaupt auf den Gedanken kam, in einem weiten Sinne komplizierte Gedankenarbeit mit fingerfertigen Maschinenschreibern gleichzusetzen, zeugt von einer demokratischen Grundüberzeugung, die feste und tiefe Wurzeln gefaßt haben muß. Es war ja bisher eigentlich so, daß das Resultat einer Konferenz als Resultate der gegeneinander ausgespielten Verschlagenheiten aufgefaßt wurde. Mit der gleichzeitigen Anerkennung der Stenotypistinnen ist der Nachdruck auf die Arbeit, auf das sachlich-nüchternere Schaffen verlegt worden, mindestens in der Theorie. Wir sind daran erinnert worden, daß das Duzend Herren, das in London über die Zukunft Europas verhandelt hat, ja nicht einmal ohne den guten Willen der jungen Damen hätte auskommen können, die ihre Gedanken zu Papier gebracht haben.

Am gleichen Tage, als Macdonald die Frau-ein Schreibmaschinistin lobte, hat der völkische Verschmelzungsparteitag in Weimar sich mit souveräner Geradheit gegen die Revolution gewandt, die Schneider, Schuster und Sattler gemacht hätten.

Ich könnte mir vorstellen, daß ein Mensch, der sich nicht gern mit Details beschäftigt, nur jenes Lob Macdonalds und diesen Tadel der Völkischen zur Charakterisierung der neuen und der alten Gedankenwelt in sich aufnimmt.

Der ehemalige Abgeordnete Paul Hod gestorben. In Wien ist am 2. September einer der letzten Vertreter des freiheitlichen Bürgertums des alten Oesterreich, der ehemalige Abgeordnete Paul Hod gestorben. Hod war zuerst im Staatsdienste tätig und wurde schließlich Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes. Trotzdem er österreichischer Beamter war, war er entschieden freiergeistig gesinnt und einer der energichsten Bekämpfer des Merkantilismus. Jahrelang war er insbesondere als Obmann des Vereines "Freie Schule" tätig. Er war ein später Sprößling auf dem vermorsteten Stamme des altösterreichischen Liberalismus.

Bergarbeitertod. Dienstag, den 2. September ist der Bergarbeiter Franz Marzin aus Wschelab auf dem neuen Tagbau der „Grube Karl“ in Zuckmantel bei Teplitz in der Strecke durchgebrochen und drei Meter tief abgestürzt. Da sich in der Grube Kohlenoxydgas befand, trat der Tod sofort durch Ersticken ein. Die Rettungsarbeiten waren infolge der Gase unmöglich gemacht worden. Marzin war Vater von fünf Kindern. Das ist das Schicksal der „Vorkämpfer der Arbeit“!

Die Auflösung einer Parallellasse an der Volkshochschule in Kleinaujezd. In Kleinaujezd bei Teplitz-Schönau wurde ab 1. September d. J. eine provisorische Parallellasse aufgelassen. In diese Klasse hatten sich 78 Schüler einschreiben lassen, so daß infolge dieser Aufhebung in einem hierfür vollständig unzulänglichen Räume 78 Kinder hätten zusammengebracht werden müssen. Senator Genosse Dr. Heller, ferner der Gemeindevorsteher Genosse Lippert und Herr Oberlehrer Kehlwald aus Kleinaujezd sprachen nun sowohl beim Landeslehrer als beim Landesverwaltungsamt für und es wurde ihnen, nachdem sie den Sachverhalt dargestellt hatten, in bestimmteste Aussicht gestellt, daß die verfassungsmäßige Auflösung der Klasse wieder zurückgezogen werden wird. Es ist also zu hoffen, daß diese Maßregel nicht durchgeführt und daß es möglich sein wird, den Kindern Unterricht zu erteilen, ohne daß sie in ihrer Gesundheit gefährdet werden.

Die Dynamitexplosionskatastrophe bei Pardubitz. Ueber die Explosionskatastrophe, die bekanntlich drei Tote und 14 Schwerverletzte forderte, meldet das Abendblatt des „Česko-Slovo“ folgende Einzelheiten: Dienstag arbeiteten wie gewöhnlich etwa sieben Arbeiter in der sogenannten Sprengstofffabrikationsabteilung, außer ihnen zwei Monteur und ein die Maschinen bedienender Arbeiter. Um 15 Uhr 40 Min. stieg aus diesem Objekt plötzlich gelbgrauer Rauch und gleich darauf ertönte ein donnerartiger Schlag, dem bald ein zweiter folgte. Durch den riesigen Luftdruck wurde vor allem das Dach der Sicherheitsabteilung vollständig auseinandergerissen, Mauerstücke, Eisenstäbe und Ventile flogen bis fünfzig Meter weit. Das in der Nähe stehende Laboratorium wurde vollständig demoliert, die Beamtinnen und Beamten durch Glasplitter verletzt. Weit und breit zerbarsten die Fensterscheiben und zum Teil wurden auch die Türen aus den Angeln gehoben. Am tragischsten an der Katastrophe ist es allerdings, daß die Katastrophe eine Blutspur in Gestalt von drei Menschenleben forderte. Drei gealterte Arbeiterfrauen und eine Reihe hungeriger Kinder betrauten das Leben der Männer, Väter und Ernährer. Nach der Explosion erschienen an der Unglücksstätte die Beamtenschaft und die übrige Arbeiterschaft der Fabrik, sowie auch die Gendarmen aus Kofitz, Bohdaneš und Pardubitz. Den Zuschauern bot sich ein schrecklicher Anblick. Direkt unter den Trümmern der Maschine lag tot und arg verstümmelt der Monteur B. Markalous. Vor dem Objekt wurden noch zwei Leichen aufgefunden, und zwar des Arbeiters Chmelik aus Minna und Herzig aus Neratov. Die beiden Unglücklichen flüchteten bei der Explosion aus dem Gebäude, wurden aber unglücklichweise von herumschwebenden Eisen- und Mauerstücken getroffen. Chmelik wurde auf dem Scheitel von einem großen eisernen und 20 Zentimeter breiten Rad getroffen und sofort getötet. Von den übrigen Arbeitern erlitten vier schwere innere und äußere Verletzungen, namentlich Gliederverrenkungen. Sie wurden von der Rettungsstation sofort ins Krankenhaus nach Klein-Pardubitz geschafft. Drei Schwerverletzte wurden der häuslichen Pflege überlassen. Die Explosion, die selbstverständlich die ganze Gegend in große

Aufregung versetzt hatte, wurde auch weit außerhalb Pardubitz gehört, aber die Eingewohnten wendeten ihr keine besondere Aufmerksamkeit, da man einfach glaubte, daß es sich um eine größere Schießübung handle.

Ein dankbarer Ehegatte ist jedenfalls Herr Benjamin Hampe! aus Wornsdorf, der, wie aus einem in der „Reichenberger Zeitung“ veröffentlichten Inserat hervorgeht, an eine Firma, die elektrische Heilapparate vertreibt, folgendes geschrieben hat:

„Betätigte gerne, daß meine Frau durch einen Schlaganfall rechtsseitig gelähmt war, sodaß sie nicht mehr laufen, mit dem Arm keine Bewegungen ausführen konnte, der Mund war schief, die Sprachmuskeln gleichfalls gelähmt.“

„Leider konnte die Frau, wie aus dem weiteren Briefinhalt hervorgeht, nach vierwöchentlichem Gebrauch des Heilapparates wieder gehen und sprechen. Daß der Mann diese zweite Tatsache „gerne“ bestätigt, sieht nämlich nicht in dem Briefe. Wie man sieht, sorgt auch der Inseratenteil für Humor, wenn auch für unfreiwilligen.“

Ausstellung für Kultur und Wirtschaft in Auffig 1924. Die bereits veröffentlichte wurde, ist die Ausstellung für Kultur und Wirtschaft Auffig 1924 bis einschließlich 8. September 1924 verlängert. Die Eintrittspreise wurden für die Tageskarten mit 5 K für Erwachsene, für Kinder mit 2.50 K, die Abendkarten, die wochentags ab 4 Uhr nachmittags Gültigkeit haben, mit 2 K und 1 K festgesetzt. Sonntags berechtigten die Abendkarten erst ab 6 Uhr zum Eintritt in die Ausstellung. Kinder unter zehn Jahren in Begleitung von Eltern haben freien Eintritt.

Schwerer Unfall eines Flugschülers. Der 19 Jahre alte tschechoslowakische Militärflugschüler Bohuslav Biska aus Eger, der am Samstag in der Nähe von Delsnitz (Sachsen) zu einer Notlandung gezwungen war, ist schwer verunglückt. Nach geglückter Notlandung und nachdem der Rückkehr nichts mehr im Wege stand, verfuhr Biska den Motor des Flugzeuges in Gang zu setzen; dabei erhielt er einen so heftigen Schlag mit dem Propeller auf den Kopf, daß die Gehirnhaut und die Schädeldecke schwer verletzt wurden. Er mußte in das Stadtkrankenhaus in Delsnitz überführt werden.

Die Geliebte erschossen. Der 30jährige Grundbesitzersohn Anton Schiller in Mannsberg untersteht mit der 27jährigen, bei dem Fleischer Nepa in Znam angestellten Verkäuferin Anna Schafsova ein Liebesverhältnis. Dagegen machten die Eltern Schillers Einwendungen. Aus diesem Grunde beschloß Schiller seine Geliebte und sich zu töten. Am verlossenen Sonntag, abends, vernahmten Passanten in der Sternstraße in Znam mehrere Schüsse. Der Sicherheitswachmann eilte zur Stelle und fand die Verkäuferin Anna Schafsova tot im Blute liegen. Schiller, der alsbald verhaftet wurde, hatte drei Schüsse auf seine Geliebte abgefeuert. Sie selbst zu erschließen, hatte er den Mut nicht mehr. Er wurde dem Gerichte eingeliefert.

Aus dem Großstadtsumpf. Der Prager Sicherheitsbehörde wurde dieser Tage bekannt, daß der 22jährige Josef Honzil aus Weinderge vor vierzehn Tagen Pferd und Wagen um 1000 K gekauft und bezahlt habe, obwohl er vormals kein Geld hatte und stellunglos gewesen war. Honzil behauptete, er habe sich das Geld ausgeliehen, gestand aber dann, daß ihm seine Gattin, die 27jährige Prostituierte Anna Honzil, am 26. Juli früh zwei fünf-tausend-Kronennoten gebracht hätte. Die Frau wurde einem Verhör unterzogen und gestand nach längerem Leugnen, daß sie das Geld in der Nacht vorher einem älteren Herrn entwendet habe, der ihren Lodungen in ein Hotel auf dem Teschnow gefolgt war. Dieser Herr, dem sein Abenteuer so teuer zu stehen kam, hat sich nicht gemeldet und konnte auch nicht ausgeforscht

werden. Das Ehepaar wurde dem Landesstrafgericht eingeliefert.

Politische Peise eines Bischofs. Der Breslauer Bischof hat zu den bevorstehenden Wahlen in Oberschlesien einen Wahl-Hirtenbrief herausgegeben, in dem es heißt:

„Weil Sozialismus und Kommunismus unvereinbar sind mit fundamentalen Lehren und Grundfäden unserer Religion, darf und muß zum Schutze des Glaubens und der christlichen Ordnung ihnen mit aller Offenheit und Festigkeit entgegengetreten werden. Kein Katholik darf aus wirtschaftlichen Gründen einer Partei angehören, deren Führer zugleich den Kampf gegen diese höchsten und heiligsten Interessen betreiben. Was ein Führer sozialistischer Parteien mit den drastischen Worten erklärte: Christentum und Sozialismus verhalten sich wie Wasser und Feuer, das ist zutreffend, und das gilt auch heute noch und gilt in erhöhtem Maße vom Kommunismus. Bewußte Anhänger sozialistischer und kommunistischer Parteien, wenn sie sich allen Belchrungen unzugänglich erweisen, schließen sich selbst von den heiligen Sakramenten aus und dürfen zu denselben nicht zugelassen werden.“

Wie diese Stellungnahme des Bischofs sich mit Christi Lehren vereinbart, das mögen die Frommen unter sich abmachen. Uns ist die Peise des Bischofs nur ein Beweis mehr dafür, daß der Alerus den Freiheitskampf der Sozialisten fürchtet und ihn daher durch Verleumdungen zu diskreditieren versucht.

Ein Zwischenfall im besetzten Gebiete. Der Kardinal-Erzbischof von Köln, Dr. Schulte, hatte beim Oberkommissar Tirard Beschwerde eingelegt. Den Anlaß hiezu bot folgender Vorfall: Als der Erzbischof mit seinem Auto aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet fahren wollte, wurde er von einem französischen Posten angehalten und ungebührlich behandelt. Ein Soldat legte sogar das Gewehr auf ihn an, so daß der Kardinal gezwungen war, den Wagen zu verlassen. Oberkommissar Tirard hat sich durch besondere Delegation bei dem Kardinal entschuldigen lassen, welcher ihm jedoch mitteilte, daß er bereits den Vatikan von dem Vorfall verständigt habe.

Folgenschwere Explosion in Hanau. Die das „Berliner Tageblatt“ aus Hanau erfährt, erfolgte im Laboratorium der keramischen Abteilung der Platinschmelze B. C. Heracus beim Destillieren von Terpentin aus bisher unbekannter Ursache eine Explosion. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt und sind im Hanauer Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Bestialität statt Schwelgerei. Die Staatsanwaltschaft im Städtischen Szent-Göhrgh in Siebenbürgen wurde durch einen anonymen Brief davon verständigt, daß die Baroness Clara Bucsa ihre 25 Jahre alte Schwester Jma auf Grund gefälschter ärztlicher Zeugnisse in der Irrenanstalt von Tergul Secuise internieren ließ, um die nach ihrem verstorbenen Vater hinterbliebene Riefenerbschaft für sich allein zu sichern. Eine gerichtliche Kommission fand dort die junge Baroness Jma in einer Kammer eingeschlossen, wo sie bereits das fünfte Jahr verbracht. Der Gerichtsarzt stellte fest, daß Baroness Jma geistig vollkommen normal sei. Infolge der Entbahrungen war sie während der langen Haft zum Stehlen abgemagert. Das Mädchen teilte weiter mit, daß sie bereits früher zehn Jahre hindurch von ihrer Schwester in ihrer gemeinsamen Wohnung in Klausenburg gefangen gehalten wurde. Baroness Clara Bucsa wurde verhaftet. Das Vermögen der Baroness Bucsa wird auf 25 Millionen Lei geschätzt.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Auto und dem Leipziger Messezug er-

eignete sich Dienstag abends bei der Station Gräfenhainichen in der Nähe von Wittenberg. Ein mit drei Personen besetztes Auto wollte die Bahnstrecke kreuzen und fuhr gegen den Postwagen des in voller Fahrt befindlichen Zuges. Zwei Insassen waren sofort tot, der dritte mußte in schwer verletztem Zustande in das Wittenberger Krankenhaus überführt werden.

100 Todesopfer eines Zyklon aus den Antillen. Die Blätter melden aus New York, daß ein Zyklon auf den Antillen große Verwüstungen angerichtet habe. Es habe mehr als 100 Tote und eine Anzahl Verwundete gegeben.

Im „Lufflugzeug“ durch die Welt. Die „Morning Post“ teilt mit, daß man an einem Güterflugzeug arbeitet und behauptet, daß es durch Europa vier Tonnen Eigut mit einer Geschwindigkeit von 80 englischen Meilen die Stunde zu einem nicht höheren Preise als für gewöhnliche Straßentransporte, verfrachtet wird. Der Flugapparat ist ein großer Monoplan, dessen einziger Flügel eine Spannweite von 150 Fuß haben wird. Das Flugzeug wird von zwei Maschinen angetrieben. Sein Gesamtgewicht mit voller Beladung wird zehn Tonnen betragen. Das Flugzeug wird derzeit konstruiert sein, daß es mit großer Leichtigkeit beladen werden kann. Der ganze Vorderteil der Maschine wird sich öffnen lassen und es werden in ihn besondere Jellen mit dem Frachtgut eingeschoben werden können. Das Flugzeug kann, wenn es am Abend in London startet, mit seinen vier Tonnen Ware am kommenden Tage zeitlich früh in Marseille landen.

Witterungsübersicht vom 3. September. Am Dienstag kamen wieder zahlreiche Gewitter zum Ausbruch. Niederschläge fielen überall. Besonders ergiebig waren sie in Labor und Trautenu: 11 Millimeter, Prerau 13 Millimeter, Donnersberg 19 Millimeter. Das Tiefdruckgebiet befindet sich jetzt im Südosten Europas, so daß die Witterung in unseren Gegenden keine wesentliche Besserung erfahren dürfte. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend trüb, Neigung zu Niederschlägen, kühl, nördliche bis östliche Winde.

Abgleich vom Sommer. Seit Wochen ist der Himmel über Mitteleuropa täglich dicht bewölkt, seit Wochen berging fast kein Tag, an dem es nicht wenigstens für kurze Zeit geregnet hätte. Die Schwimmschulenbesitzer haben im heurigen August sehr schlechte Geschäfte gemacht: die Menschen muhten trotz des kaltenbarischen Sommers wegen der Kälte zu Hause baden. Als im August der Sommer täglich verwässert wurde, prophezeiten die Wettermacher einen schönen Spätsommer oder zumindest einen warmen Herbst. Die Erdnähe des Mars bedingte den Regenreichtum des heurigen Sommers, sobald der Mars sich von der Erde wieder entfernt haben werde, würde auch der tägliche Sonnenschein zurückkehren. Die Entfernung des Mars von der Erde wird täglich immer größer, in den klaren Nächten kann man den noch vor Wochen so bedrohlich großen Planeten kaum mehr von anderen Sternen unterscheiden — es ist jedoch, als ob mit dem der Erdnähe enteilenen Mars auch gleichzeitig uns der Sommer endgültig entschwände. Nach einer alten Bauernregel sei „Maria Geburt“ jener Tag, an dem die Schwälben aus unseren Gegenden südwärts ziehen. Die Schwälben hätten also noch einige Tage Zeit dazu, sich aus unserem Lande davonzumachen. Heuer ist dem jedoch nicht so. Die Schwälben sind schon fast alle fort. Gegen Ende August begannen sich die Schwälben bereits zu versammeln, in den letzten Tagen sind große Schwärme schon fortgezogen. Ein alter Vorstädter, der als wetterkundig gilt, erklärte heute, um seine Ansicht über das Wetter befragt, pessimistisch: „Die Schwälben sind schon fort heuer, fast alle. Der Sommer ist schon endgültig vorbei.“

Zweierlei Bücher.

Von Ignat Herrmann.

Wir veröffentlichen hier die angekündigte Probe aus den Schriften des tschechischen Dichtershumoristen Herrmann, der kürzlich seinen 70. Geburtstag feierte.

„Daß Sie nicht heiraten, Herr Kassier! Sie haben doch eine hübsche Stellung, würden eine Frau ernähren — und Sie schlagen sich so in den Wirtschaftshäusern herum — daß Sie nicht heiraten! Warum das?“

Diese Frage stellte der Herr Postkontrollor Fint dem Herrn Postkassier Borschte wenigstens zwölftmal im Jahre — jeden Monat einmal.

Der Herr Kassier Borschte packte sich dann jedesmal beim Schnurrbarte, dann wuschte er mit zwei Fingern seiner Rechten irgend ein Stäubchen von seiner Amtsbüchse weg, schaute mit einem klugen Blick auf den Herrn Kontrollor und gab dann schalkhaft zur Antwort:

„Ich weiß wohl, daß Sie verheiratet sind und auch jemanden gerne dazu kriegen möchten, gelt? Aber schauen Sie: ich diene jetzt schon dreißig Jahre, es fehlt mir nicht mehr viel auf die fünfzig und ich sehe nobel. Wegen der Schönheit wird mich keine Junge nehmen — auf meine Amtsbüchse hinaus dertwisch ich keine Reiche, — um eine Alte steh' ich nicht und mit einer Armen möchte ich mich selber bestehlen. Was ich hab, verbrauch ich für mich allein und bin ohne Sorgen. Jawohl ja! Wenn ich schon vor zwanzig Jahren Kassier gewesen wäre, da hätte ich eine Partie machen können! Aber jetzt! Die etwas hat, nimmt sich eher einen Offizier. Wissens — die Post gilt für Reiche als durchaus nichts Kavaliernähiges! Sie sehen ja an sich selber! Sie haben ein ganz nettes Einkommen — aber weil Sie eine Familie am Hals haben, würden Sie oftmals in der

Klemme sein, wenn der Monat um drei Tage mehr hätte...“

Und als der Herr Kassier Borschte bemerkte, daß der Herr Kontrollor auf seine Entgegnungen keinerlei Einwände machte, daß er zum Schweigen gebracht war, fuhr er fort:

„Ja, ja, Herr Kontrollor! Ich schau jedesmal in den Büchern nach, sobald sich nur etwas rührt, aber auch jedesmal ist mein Lustrierte schief ausgegangen... Und wenn ich schon auf eine hübsche stehen möchte, auf ein Mädel mit einem reichen Vater: da sagt einem der Vater, daß er sich nichts mit ins Grab mitnehme, aber daß er jetzt nichts herbeige. Sie haben dann ein Weib — Sie haben aber kein Geld und sind der Geschorene!“

Der Herr Kontrollor atmete nach jeder solchen Epistel des Herrn Kassiers tief auf und blickte zu seinem Kollegen schräg hinüber. Als ob er beinahe recht hätte.

Ueber den Herrn Kassier aber galt im ganzen Amte die eine Meinung, daß er ein gehauter Kerl wäre und sich nicht so billig verkaufe.

Aber mit einem Male geschah mit dem Herrn Kassier eine Veränderung. Er pflegte ein wenig zerstreut zu sein und oftmals wurde er über der Sammlung Geldpostanweisungen, die in der Hand hielt und mit dem Bogen kollationierte, ein wenig nachdenklich.

„Das ist a Geld, das ist a Geld!“ sprach er wie für sich hin.

„Was fehlt Ihnen denn?“ pflegte ihn dann der Herr Kontrollor zu fragen.

„Aber die Pfeiferin da — die muß ein Geschäft haben! Das ist a Geld! Tag für Tag — und manchmal gehts in die Hunderte! Ja so ein Geschäft — das ist a Amter!“

Die hohe Figur des Herrn Kassiers redete sich noch mehr entpor, seine Rechte klemmte den Zwicker auf der Adlernase fest und seine grauen Augen überflogen wieder die Ziffernreihe.

„Und was ist denn mit dieser Pfeiferin, daß Sie sich gerade bei ihr“ — no was ich sagen will — „aufhalten?“ fragte der Herr Kontrollor.

„No habens nicht achtgegeben? Pfeifer ist vor einem Jahr gestorben und sie führt es weiter — die Buch- und Musikalienhandlung... Ein hübsches Weibsel wie eine Pfingstrose — da unlängst hab ich mir dort eine Zeitung gekauft — no, sie hat zwei Kinder — aber ein Geschäftsel wie eine Apotheke. Da schauens her — eins, zwei, drei — zwölf Postanweisungen — lauter größere Ziffern — und das war immer so, auch zu Lebzeiten ihres Seligen — und jeden Tag. Dort ist irgendwelche Goldgrube! Weiß der Kuckudn on lauter Büchern; Das wird also doch gekauft...“

Der Kontrollor sah schelmisch zum Herrn Kassier herüber.

„Herr Kassier! Herr Kassier!“

Und der Kassier lächelte verständnisvoll auf seinen Kollegen, und indem er mit dem Zeigefinger auf die Postanweisungen klopfte, meinte er mit einem befriedigendem Brustton, als ob er etwas erfunden hätte:

„Sehn's — diese Postanweisungen da — das ist eine bessere Kontrolle als die Grundbücher. Das ist amal da. Das ist faktisk da und vorhanden!“

Und mit einem Male begann der Herr Kassier irgendwie nach der Mode zu gehen, in einem neuen Zylinder, stets behandschuht, und sein Schnurrbart, der vorher schon merklich grau wurde, stets mehr und mehr schwarz. Und er konnte keine anderen Spaziertwege als zur steinernen Brücke, in die Gegend, wo sich die Buchhandlung „Anastasis Pfeifers Witwe“ befand. Einige Bekannte aber ertappten ihn einigemal dabei, wie er in die Buchhandlung hineinging, und mit einem Male zeigte sich der Buchhandlungsdiener öfter im Amte, indem er irgendwelche Bücher zur Ansicht brachte, und der Herr Kassier pflegte ihm

mit der Zeit Briefchen für die Frau mitzugeben und — und —

Vier Monate später legte der Herr Kassier ein Berliner-Kubert schweigend auf den Tisch des Herrn Kontrollors, und als es der Herr Kontrollor öffnete, lag er auf einem Quart-Beliner-Papier:

„Leopold Borschte — Babetta, verwitwete Pfeifer, gestatten sich —“ usw.

„No, ich gratuliere!“ begann der Herr Kontrollor zum Herrn Kassier, „Sie haben es gut gemacht!“

Zwei Monate später einmal, als der Herr Borschte den Herrn Fint in eine Weinstube hinführte und als sie bei der dritten Viertelliterflasche waren und der Wein die Jungen löste, und als man gegenseitig über die Familienangelegenheiten zu sprechen begann, beugte sich der Herr Kassier zum Kontrollor und sagte zu ihm vertraulich:

„Sehn's, Herr Kontrollor, der Wunsch ist nie genug weise und irrt sich manchmal sakramentisch. Sehn's, nicht einmal diese Postanweisungen sind verlässlich —“

„No?“ und Herr Fint glogte mit den Augen.

„No! Sehn's, was meine Frau ins Geschäft bekam. Das war nicht ihr Geld! Das war das Geld der auswärtigen Buchhändler, der Komitenten — und das geht wieder durch ihre Hände an andere Buchhändler und Verleger. Sehn's auf der Welt gibts nämlich zweierlei Bücher — Grund- und Geschäftsbücher — und wor kann denn in die hereinsteigen. Ich erst jetzt, nachdem ich mich verheiratet habe —“

„Ja, ja!“ leuchtete der Herr Fint auf und trank einen Schluck. „Da geht es Ihnen ja beinahe so wie mir!“

„Was? Unsinn! Ich hab noch zwei Kinder als Anticipando... Da hab ich mir's also schön verbessert!“

Authentisierte Uebersetzung von R. Rowal-Reismann. (Entnommen den „Prager Figuren“.)

Volkswirtschaft.

Die Leipziger Messe.

Die schlechteste Messe seit Jahren. Ursache: Hohe Preise.

(Von unserem Leipziger Berichterstatter.)

SPD. Leipzig, 1. Sept. (Sig. Draht.) Die Leipziger Messe hat die Hoffnungen auf eine Belebung des Wirtschaftslagens nicht erfüllt. W. sich der Markt einigermaßen entwickelte, blieben die Umsätze gegen die Frühjahrsmesse 1924 recht bescheiden und gering. Das ist der Fall, obwohl vom Ausland und auch Inland dringender Bedarf vorliegt und große Konzerne die seit März, bzw. April d. J. verhängte Einfuhrsperre teilweise aufgehoben haben. Selbst die Einräumung von Krediten, die von den Verkäufern sehr liberal angeboten werden, konnte bis jetzt an der Zurückhaltung der Käuferschaft, die überhaupt geringer ist als im Frühjahr, nichts ändern. Auch sonst sind die Verkäufer in ihren Bedingungen äußerst entgegenkommend, so daß ein Geschäft wohl heute kaum der Konditionswünsche der Kundschaft wegen unterblieben ist. Aber man ist im großen und ganzen in der Abnehmerenschaft im Unterschreiben von Bestellen sehr vorsichtig, da das Vereinkommen von Außenständen immer noch sehr ungewiß ist.

So ist die Herbstmesse 1924 im großen und ganzen eine recht flauere Messe geworden. Ohne Zweifel kann festgestellt werden, daß sie wohl die schlechteste Messe seit Jahren ist. Für die Entwicklung ist nur die Preisfrage verantwortlich zu machen. Vor der Messe hatte man in weiten Kreisen erwartet, daß die großen Preispartelle die Preisstellung für die Leipziger Tage freigeben würden. Das ist nicht geschehen. Vielmehr hat man hier und da Erhöhungen vorgenommen, trotzdem die Preise durchweg viel zu hoch sind.

Interessant ist die Stellungnahme der Käufer gegenüber den angeführten Problemen. Auf der Frühjahrsmesse 1924, als noch der Himmel unter dem Einfluß der stabil gewordenen Markt voller Geigen hing, legte man im allgemeinen bei den Abnehmern mehr Wert auf größeren Kredit und weniger Wert auf den angemessenen Preis. Damit hat man sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Teilweise brachten die Frühjahrskäufe empfindliche Verluste. Andererseits mußten sie in weitem Umfang annulliert werden, weil die Abnehmer unter Einfluß der Geldkrise und der Restriktionspolitik der Reichsbank nicht zahlen konnten. Durch Erfahrung gewarnt, sucht man heute das solide und kleine Geschäft. Man läßt sich davon leiten, ob von den Anbietern für eine Ware wenige Pfennige mehr oder weniger gefordert werden. Wo dann gekauft wird, spielt der Preis durchweg die Hauptrolle. J. V. wurden billige München-Glabbacher Tische den Laufstufen Tischen vorgezogen, die bis jetzt einen sehr hohen Preis gehalten haben. In diesem Kampf um den Preis hat sich besonders ein Gegensatz zwischen den Fabrikanten und den Großhändlern herausgebildet. Die Lage spitzt sich folgerichtig stündlich zu. Viel für den ferneren Preisdruck kommt es darauf an, wie sich der Großhandel gegenüber der Fabrikation durchzusetzen vermag.

Für das Festhalten an den übersehen Preisen sprechen durchweg spekulative Absichten mit. Die Lager, auf die seit langem Geld zu hohen Monatszinsen — man spricht von zwei bis vier Prozent — genommen worden ist, sind auch nach der Vereinigungspolitik der Reichsbank noch größer, als man wohl bis heute angenommen hat. Ein Preisabbau muß diesen Preispolitikern und Spekulanten empfindliche Verluste bringen. Daher ist der fast wütende Widerstand gegen jeden Preisdruck erklärlich. Für manche Branche kann behauptet werden, daß diese Opposition gegen die Preisformulierung heute schon gefährlich ist. So verweisen die Baissiers, die sich auch in den Kreisen der Fabrikanten befinden, auf die günstige Baumwollenernte, die sicher billige, im Oktober schon herzustellende Baumwollartikel ermöglichen, und den unmaßlichen Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Häute- und Lederpreise. Im allgemeinen erwartet man auch auf Grund der vorzunehmenden technischen Verbesserungen, die man jetzt auf Grund der langfristigen Kredite aus dem Auslande wagen kann, eine umfangreiche Preisermäßigung.

Schon der Kampf um den Preis, der ja das Messengeschäft überhaupt ausmacht, zeigt, daß man bei Beurteilung der künftigen Wirtschaftslage, besonders der Wirtschaftslage im Herbst und im Winter, den Verlauf der Leipziger Herbstmesse nicht allzusehr mitprechen lassen darf. Ohne Zweifel wird im Anschluß an Leipzig noch manches und größeres Geschäft zustande kommen, wenn erst der Streik um den Preis geklärt und entschieden ist. Auch der Fortfall der Zollschranken, die die wichtige rheinisch-westfälische Wirtschaft wieder dem deutschen Markt anschließt und neue Käufer gewinnt, wird in diesem Sinne ausgelegt. Ferner erwartet man von der durch ausländische Gerbereipreise gestärkten Kaufkraft der Agrarbevölkerung eine Belebung des Handels.

Man kann zusammenfassend über die Leipziger Messe sagen: Die Ursachen der Krise, die sich im Preisproblem darstellen, sind materiell nicht überwinden. Dagegen sind die psychologischen Ursachen heute bereits fortzuwachen. Am arsten und ganzen fehlt es der Bedenke an die Notwendigkeit einer normalen Wirtschaftsführung allgemein durch.

Die Teuerung.

Wie von Amts wegen die Teuerung bekämpft wird, zeigt das Beispiel der Pflaumen. Allgemein hieß es, daß die Pflaumenernte schlecht ausgefallen ist und daß daher die Ausfuhr von Pflaumen nicht gestattet werden wird, weil sonst die Preise übermäßig in die Höhe gingen. Nun hat — wie wir erfahren haben — die Regierung die Ausfuhr von vierzig Waggons Pflaumen gestattet und es sind auch in den letzten Tagen die Preise der Pflaumen in die Höhe gegangen. Es ist unbedingt zu fordern, daß diese Ausfuhrerwilligungen zurückgezogen werden.

Der internationale Genossenschaftskongress.

In Gent ist am 2. September der internationale Genossenschaftskongress zusammengetreten. Der wichtigste Beschluß, den er bisher gefaßt hat, ist der, daß der organisatorische Verband mit der Amsterdamer Genossenschaftsinternationale vorübergehend eingestellt wird. Dieser Beschluß wurde gefaßt, damit die Streitigkeiten eingedämmt werden, die von der russischen Delegation in die Kongreßverhandlungen getragen wurden. Diese Delegation fordert nämlich die Anbahnung von Beziehungen auch mit der Moskauer Internationale, wodurch die Einheit der Genossenschaftsbewegung gefährdet worden wäre. Der Beschluß des Kongresses soll dazu dienen, die Einheit der Genossenschaftsbewegung aufrechtzuerhalten.

Englischer Gewerkschaftskongress in Hull.

Der englische Gewerkschaftskongress in Hull hat heute die sogenannte Charta, die Erklärung über die Grundrechte der Arbeiter, angenommen. Darin ist vorgesehen die Verstaatlichung des Grundbesitzes und Bodens, der Bergwerke und der Eisenbahnen, ferner Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Pensionsberechtigung aller Arbeiter vom 60. Lebensjahre an, die 48 Stundenwoche und die gesetzliche Festsetzung von Minimallohnen. Die Diskussion über die Frage der internationalen Zusammenarbeit mit der Moskauer Genossenschaftsinternationale ist durch einen Beschluß beendet worden, über diese Frage zur Tagesordnung überzugehen.

Der Kollektiv-Vertrag für die Zuderindustrie abgeschlossen. In der am 3. September stattgefundenen Sitzung des Staatsrates für Angelegenheiten der Zuderfabrikarbeiter wurde der Kollektiv-Vertrag abgeschlossen. Derselbe gilt vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925. Derselbe beinhaltet als wichtigste Bestandteile: Verlängerung des bisherigen Kollektiv-Vertrages in vollem Umfang bis 30. Juni 1925, außerdem eine einmalige außerordentliche Zulage für die Arbeiter und Angestellten im Ausmaße von 250 Kr bis 600 Kr, zum Teil vollständig und zum Teil annähernde Gleichstellung im Lohne der Saisonarbeiter mit den ständigen Arbeitern während der Kampagne, Erhöhung der Kampagnenremuneration der Angestellten um 100 Prozent und einige sonstige Verbesserungen des bisherigen Vertrages. Die Vertreter des großer allgewerkschaftlichen Verbandes und der Nationalsozialisten verweigerten dem Kollektiv-Vertrage ihre Zustimmung.

Streik in der Waggonfabrik B.-Leipa. Die Arbeiterchaft der Waggonfabrik in B.-Leipa steht seit Dienstag, den 2. September 1924, im Streik. Bezug von Metallarbeitern, sowie Holzarbeitern nach B.-Leipa ist ferngehalten.

Die Lage des britischen Kohlenexportes. Die von den Bergarbeitern angeregte Besprechung der Führer des englischen Bergarbeiterverbandes mit dem Ministerpräsidenten wegen der möglichen Gefährdung des englischen Kohlenbergbaus durch die deutschen Kohlenlieferungen unter dem Dawesplan hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Lage des für England überaus wichtigen Kohlenexportes gelenkt. Man befürchtet in England allgemein eine weitere Verminderung des englischen Kohlenexportes, der schon im Laufe dieses Jahres gemessen an dem vergangenen, allerdings infolge des Ruhrkampfes abnormales Jahre, eine durchschnittliche Verminderung um rund 1.250.000 To. im Monat aufzuweisen hat. Wie dem „Daily Telegraph“ aus den Kreisen der englischen Kohlenindustrie mitgeteilt wird, bezog Frankreich im vergangenen Jahre annähernd 19.000.000 To. Kohle von Großbritannien. Das entsprach einer Monatslieferung von rund 1.500.000 To., Belgien 6.500.000 To., Deutschland annähernd 15.000.000 To. und Italien 7.500.000 To. Die Statistiken des laufenden Jahres zeigen, daß Frankreich bisher nur 1.250.000 To. monatlich importierte; der belgische Import hat sich von 500.000 To. gleich Monatsdurchschnitt des Vorjahres auf 250.000 verringert und Deutschland führt aus England statt 1.250.000 To. monatlich durchschnittlich des Jahres 1923) nunmehr durchschnittlich rund 500.000 To. englischer Kohle ein. Die italienischen Einfuhrziffern sind annähernd unverändert geblieben. Diese Verringerung des englischen Kohlenexportes wird in den Kreisen der englischen Wirtschaft direkt auf die mit der Verminderung des Ruhrgebietes wieder wachsenden Produktion des Ruhrgebietes zurückgeführt. Man ist allgemein der Meinung, daß die englische Kohlenindustrie durch die Durchführung des Dawesplanes ernstlich in Mitleidenschaft gezogen wird. Belgien und Frankreich würden

dann ihren vollen Anteil an Reparationskosten, zum Nachteil des britischen Kohlenexportes, erhalten. Da die Ruhrkohle auf Grund einer billigeren Arbeit und weitaus längerer Arbeitszeit produziert wird, so sei Deutschland — nach der Meinung der britischen Kohlenindustrie — darüber hinaus in der Lage, Kohle zu Preisen zu exportieren, mit denen die britische Kohlenindustrie nicht konkurrieren kann. Wie die Presse wissen will, werden sich die Kohlenbergbauunternehmer in Kürze dem geplanten Protest der Bergarbeiter anschließen. So wenig diesen Protesten im augenblicklichen Stadium der Reparationsfrage wesentliche weltpolitische Bedeutung zukommt, und so wenig man daraus in Deutschland Hoffnungen auf eine bevorstehende Erleichterung der Reparationskosten schöpfen darf, so kann man ihnen doch Bedeutung zuschreiben.

Das Kesseltreiben der Kommunisten gegen die Reichenberger Arbeiterbäckerei.

Als zu Anfang des Jahres 1921 die Führer der ehemaligen Linken in der deutschen Sozialdemokratie von Reichenberg aus das Verbrechen der Parteispaltung vollendet hatten, erklärte in einer Konferenz der nunmehrigen Kommunisten Alois Neurath, daß die Sozialdemokratie im Reichenberger Kreise erledigt sei. Man werde nicht dulden, daß es außer der Partei der Dritten Internationale noch eine andere Arbeiterorganisation in Nordböhmen gebe. Was an Einrichtungen der Arbeiter bestünde, gehörte den Kommunisten; Buchdruckerei, Arbeiterbäckerei, Konsumgenossenschaften und Arbeiterheime seien nun ohne Unterschied Eigentum der kommunistischen Partei und ihrer Anhänger. Die Sozialdemokraten hätten überhaupt nicht mehr Sitzureden.

Bald aber kamen die kommunistischen Großsprecher darauf, daß auch die Sozialdemokraten im Reichenberger Kreise noch da sind. Die zwei der sozialdemokratischen Partei auch weiter angehörenden Gesellschafter der Buchdruckerei „Zukunft“ Runge u. Co., ließen sich durch große Worte und Drohungen nicht beseitigen, so daß dieses Unternehmen nicht in das unbetriene Eigentum der Kommunisten übergeben konnte. An der Reichenberger Arbeiterbäckerei waren die gewerkschaftlichen Organisationen in hohem Maße beteiligt. Sie hatten bei der ersten Vergrößerung des Betriebes einen bedeutenden Teil der Mittel dazu bereit gestellt und nur infolge der Wirkung der Gewerkschaften war es möglich, nach dem Kriege den damals notwendig gewordenen Neubau auszuführen. Selbstverständlich bestanden die Vertreter der Gewerkschaften darauf, daß das Unternehmen nicht nach parteipolitischen Bedürfnissen geleitet, sondern so geführt werde, wie es die genossenschaftlichen Grundsätze verlangen. Das paßte den Reichenberger Kommunisten durchaus nicht. Als in der Generalversammlung der Reichenberger Arbeiterbäckerei im März 1921 auf Grund von Vereinbarungen mit den Vertretern der zwei wichtigsten Konsumvereine des Reichenberger Gebietes, Reichenberg und Krapau, in den Vorstand und in den Aufsichtsrat auch Genossenschaftler gewählt werden sollten, machten die Kommunisten unter Führung Franz Baumhiers Kravall und verhinderten mit Hilfe des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, der im Auftrage der kommunistischen Partei handelte, die Ergänzungswahlen.

Von da an setzte eine wütende Hege der Kommunisten gegen die Arbeiterbäckerei ein. Zwar kam es nach einiger Zeit zu Verhandlungen mit den Genossenschaften über die Zusammensetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Reichenberger Arbeiterbäckerei, an denen Anfangs auch Vertreter der beiden politischen Parteien teilnahmen. Von der sozialdemokratischen Kreisleitung wurde jedoch gleich zu Beginn der Grundsatzerörterung, daß man es den Genossenschaften und Gewerkschaften zu überlassen habe, sich zu verständigen und über die Führung der Geschäfte des Unternehmens die notwendigen Vereinbarungen zu treffen. An den weiteren Verhandlungen war die sozialdemokratische Kreisleitung in Reichenberg nicht mehr beteiligt. Als es später schien, als ob die nordböhmisches Konsumgenossenschaften sich mit der Kreisgewerkschaftskommission einig über die Aufteilung der Mandate im Aufsichtsrat und im Vorstand einigen wollten, setzten sofort neue Quertreibern der kommunistischen Partei ein. Den führenden Genossenschaftlern wurde anbefohlen, jede Verständigung zurückzuweisen, wenn nicht zuvor die sozialdemokratische Kreisleitung in Reichenberg veranlaßt, daß die Eigentumsfrage der Buchdruckerei „Zukunft“ im Sinne der Forderung der Kommunisten gelöst wird. Von den Mitgliedern des Betriebsausschusses der Arbeiterbäckerei, die der kommunistischen Partei angehören, wurde ebenfalls verlangt, die Forderung an die Verhandlungskommission zu stellen, daß in Sachen der Buchdruckerei der kommunistischen Partei Rechnung getragen werde.

Von allem Anfang an hat die sozialdemokratische Kreisleitung in Reichenberg sich zu Verhandlungen in der Druckerfrage bereit erklärt, da es sich in diesem Falle um ein Unternehmen handelt, für das die politische Organisation die zuständige Stelle bildet. Dagegen mußte die Kreisgewerkschaftskommission es ablehnen, die Verhandlungen mit den Genossenschaften in Sachen der Arbeiterbäckerei mit der Frage der Buchdruckerei zu belasten. Endlich gelang es im vorigen Jahre unmittelbar vor der Generalversammlung, die für den 10. Mai 1923 einberufen war, den Vertretern des Wirtschaftsverbandes deutscher Genossenschaften in Prag mit den Kon-

sumgenossenschaftlern Reichenbergs ein Abkommen zustande zu bringen, durch das die Reichenberger Arbeiterbäckerei eine Umwidmung erfahren sollte. Großeinkaufsgesellschaft und Konsumvereine des Reichenberger Kreises sollten drei Viertel und die Gewerkschaften ein Viertel der Geschäftsanteile übernehmen und in gleicher Weise sollten Vorstand und Aufsichtsrat zusammengesetzt werden. Die Durchführung dieser Vereinbarung scheiterte vor allem an dem nachträglichen Widerstande der kommunistisch gestimmten Genossenschaftler Reichenbergs, denen von ihrer Parteileitung verboten wurde, Mandate in der Arbeiterbäckerei zu übernehmen. Es wurde sogar den Mitgliedern der Reichenberger Arbeiterbäckerei, die der kommunistischen Partei angehörten, unterjagt, den erhöhten Anteil einzunehmen. Immer wieder brachten die Kommunistenführer die Vereinigung der Angelegenheit der Buchdruckerei in Zusammenhang mit der Arbeiterbäckerei.

Es ist gar kein Wunder, daß infolge der unerhörten Exzesse gegen die Reichenberger Arbeiterbäckerei geschäftliche Schwierigkeiten für das Unternehmen entstanden und daß schon längst vor der letzten Generalversammlung die Betriebsleitung daran gehen mußte, das Unternehmen einzuschränken und Arbeitskräfte zu entlassen. So hat sich seit langem herausgestellt, daß die feinerzeit eingeführten Nebenbetriebe in der Arbeiterbäckerei für sogenannte Diffs- und Ausbesserungsarbeiten sich nicht mehr lohnen und daher zu einer unerträglichen Belastung des Betriebes selbst geworden sind. So lange es halbwegs möglich war, hat die Betriebsleitung mit der Auflassung dieser Nebenbetriebe zugewartet. Als sich aber immer deutlicher eine weitere Einschränkung als unbedingt notwendig erwies, mußte bei der Schiedskommission in Reichenberg um die Zustimmung zur Entlassung der überflüssig gewordenen Arbeitskräfte angefragt werden und das ist am letzten Samstag geschehen. Die Entscheidung der Schiedskommission wird Mittwoch, den 3. September, erfolgen.

Darüber erhebt nun der Reichenberger „Vorwärts“ ein empfindliches Geschrei, spricht von einer Provokation der Arbeiterchaft und verlangt nichts weniger, als daß die Reichenberger Arbeiterbäckerei die Maßnahmen zurücknimmt, die zur Sicherstellung des Betriebes vorgenommen werden müssen. Daß jede unnötige Belastung des Bäckereibetriebes beseitigt werden muß, nicht zuletzt infolge des feindseligen Verhaltens der kommunistischen Partei der Arbeiterbäckerei gegenüber, haben die davon betroffenen Arbeiter sehr genau gewußt. Der als erster Vertrauensmann der Reichenberger Arbeiterchaft bezeichnete „erste Bizebürgermeister der größten deutschen Stadt des Landes“, Heinrich Lorenz, ein Hauptmader der Kommunisten, hat selbst auch nicht das geringste dazu beigetragen, um die Schwierigkeiten der Arbeiterbäckerei zu überwinden. Im Gegenteil. Im Auftrage seiner Partei hat er die Stimmung unter der Arbeiterchaft des Betriebes vergiftet und mißachtet, anstatt persönlich zu wirken. Ueberaus wunderbar klingt es, wenn man im Volkswirtschaftsblatt „Vorwärts“ die notwendige Auflassung eines Nebenbetriebes in einem genossenschaftlichen Unternehmen als unerhörte Provokation bezeichnet, weil zufällig der erste Bizebürgermeister der „größten deutschen Stadt des Landes“ davon betroffen wird, als der er durch ein Jahresgehalt einschädigt wird. Muß wirklich ein Bizebürgermeisters wegen ein genossenschaftliches Unternehmen auf Ersparungsmaßnahmen verzichten, die nicht umgangen werden können, vor allem deshalb nicht, weil das Unternehmen selbst fortwährend von „Auch-Arbeitervertretern“ zur höheren Ehre der Moskauer Grundzüge beschimpft und geschädigt wird?

Wie in jedem genossenschaftlichen Unternehmen haben sich die verantwortlichen Körperschaften der Reichenberger Arbeiterbäckerei immer unausgesetzt bemüht, über die Folgen der wirtschaftlichen Krise hinwegzukommen und das Unternehmen vorwärts zu bringen. Dabei sind sie ohne jeden Vorbehalt von den Gewerkschaften des Reichenberger Gebietes unterstützt worden und diese Unterstützung erfahren sie auch weiter. Zum Unterschiede davon wählt die kommunistische Kreisleitung in Reichenberg und die ihnen blind ergebene, aber auch immer kleiner werdende Gefolgschaft in allen Orien gegen die Reichenberger Arbeiterbäckerei und hält durch die Herauskehrung der parteipolitischen Bedürfnisse einen großen Teil der Arbeiter davon ab, unvoreingenommen, sachlich und von genossenschaftlichen Grundsätzen geleitet, die Tätigkeit der Reichenberger Arbeiterbäckerei zu betrachten. Daß sie damit dem Unternehmen selbst und insbesondere den dort beschäftigten Arbeitern schweren Schaden zufügen, kümmert die nach russischen Methoden arbeitenden Bolschewistenführer wenig. Es kommt ihnen auch nicht darauf an, Tatsachen umzulügen und mit faulstidigen Entstellungen zu arbeiten. So ist es nicht wahr, daß in der Reichenberger Arbeiterbäckerei es keinen Achtstundentag mehr gebe und ebenso erlogen ist es, daß dem Betriebsausschuß nur ein paar Stunden zur Entscheidung darüber eingeräumt worden wären, wer infolge der Einschränkung des Betriebes entlassen werden soll.

Das ganze neue Kesseltreiben der Reichenberger Volkswirtschaftsleiter gegen die Arbeiterbäckerei hat sonst keinen Zweck, als die sozialdemokratische Kreisleitung in Reichenberg zu zwingen, in der Druckerfrage bedingungslos nachzugeben. Denn das, was bisher von den Kommunisten in der Angelegenheit der Buchdruckerei zugestanden worden ist, bedeutet für die Sozialdemokraten eine bedingungslose Unterwerfung. Diese aber ist nicht zu erreichen, worauf sich die Bauer, Krey und Konforten aufs Wort verlassen können.

Kleine Chronik.

Die „rote Fahne“ von 1876.

In Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ Band I findet sich eine familiäre Abbildung der ersten Seite der Probenummer der von Wilhelm Hasselmann in Barmen ins Leben gerufenen „Roten Fahne“, die als „Flugblatt zur Förderung der Wahl von Arbeiterabgeordneten“ gedacht war. 13 Nummern, deren erste am 1. Oktober 1876 erscheinen sollte, wurden in diesem Probenblatt angekündigt, die die Post für 50 Pfennig (bei Abholen) sonst 65 Pfennig liefern würde. Mitteilungen über größere Bezüge erbatte Hasselmann direkt; er wußte damals noch in Berlin, Adolbertstraße. Im Herbst siedelte er jedoch nach Barmen über, um zusammen mit Hermann Lange das dortige Parteigebäude zu reorganisieren. Bernstein urteilt über die damalige „rote Fahne“: „Das sehr agitatorisch gehaltene Blatt fand auch in Berlin eine größere Anzahl Leser, zumal hier ein Teil der Genossen Hasselmanns Fortgang von Berlin irrtümlicherweise als die Folge einer gegen ihn gerichteten Intrige ansah.“ Bis zum Herbst war Hasselmann Redakteur der „Berliner freien Presse“ gewesen, deren erste Nummer bekanntlich am 1. Jänner 1876 erschien. — Die Arbeit der „Roten Fahne“ ist damals nicht nutzlos gewesen; der Erfolg der Sozialdemokratie bei der Wahl am 10. Jänner 1877 — in Berlin IV und VI glatter Sieg — hätte dann die bekannten Folgen. Hasselmann selbst war bei der Wahl durchgefallen und ließ die „rote Fahne“ eingehen.

Ueber die „rote Fahne“ als Symbol ist übrigens in dem Leipziger Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Delpert (März 1872) an Gerichtsstelle debattiert worden. Zur Verlesung war ein in Graz bei Gelegenheit der Gründung des Grazer Arbeiter-Bildungsvereins „Vorwärts“ gesprochenes Gedicht gekommen, das den Refrain hatte: „Denn unsere Fahne ist rot!“ Auch in diesem Gedicht fand der Refrain, die Ziele der Partei ganz unüberhüllt ausgeprochen. Liebknecht und sein Verteidiger Freitag wiesen demgegenüber darauf hin, daß die „gewöhnliche“ (gegnerische) Auffassung von „roter Republik“ und „roter Fahne“ nicht die ihrige sei, daß vielmehr die Farbe der „Menschenliebe“, der „Begeisterung“ darin verortet sei. Liebknecht sagte wörtlich: „Das Rot bedeutet dabei nicht Blut, sondern Gleichheit, und der Gebrauch der roten Fahne für die Demokratie als Symbol rührt aus der französischen Revolution her, wo sie als Gegensatz zur nationalen und bürgerlichen Tricolore diente.“ Daß er damit den Präsidenten und den Staatsanwalt nicht überzeugen konnte, ist wohl kaum zu bemerken.

Doppeltes Doktorat eines Kindes. An der Universität Heidelberg wurde kürzlich der aus Heilbronn stammende Rudolf Kraemer innerhalb vier Wochen von der philosophischen und juristischen Fakultät zum Doktor promoviert, und zwar beide Male magna cum laude, ein Examenrecord, dessen Bedeutung erhöht wird, wenn man hört, daß Rudolf Kraemer blind ist, und daher ein größeres Maß an Zeit und Mühe zur Vorbereitung als unter gewöhnlichen Umständen nötig war.

Das größte Fernrohr wird in England für Russland hergestellt. Die beiden Professoren Strubach und Ivanoff von dem Observatorium zu Nikolajew am Schwarzen Meer haben längst den Bau des riesigen Apparates beauftragt. Das ganze Fernrohr wird 15.000 Pfund kosten; es enthält einen Spiegel, der achteinhalb Zoll dick ist und fast 1000 Pfund wiegt. Das Schleifen des Spiegels hat fast ein Jahr in Anspruch genommen. Der Refraktor hat 42 Zoll im Durchmesser.

Die Lage der Volksbildung in Rußland.

Die kommunistische Presse und die kommunistischen Prediger sind außer sich vor Entzücken über die kulturellen Leistungen der Volkswirtschaft in Rußland. In tönenden Tiraden wird dem aufgehenden Europa von dem Aufschwunge der Volksbildung in den letzten sechs, sieben Jahren gesprochen. Wie es um die Volksbildung im heutigen Rußland tatsächlich bestellt ist, zeigt ein längerer Aufsatz des Russen Mark Wraschny in der „Neuen Erziehung“, 6. Jahrg., Heft Nr. 8, der die Neuerungen eines Fachmannes wiedergibt, denn Wraschny war nach dem Umsturz lange Zeit Inspektor für das Schulwesen in Sibirien, übte also die Funktion eines leitenden Schulbeamten im Dienste Lunatschewskys aus, des Mannes, der als Schöpfer und Organisator des volkswirtschaftlichen Schulwesens wie als Dichter und Schriftsteller über die Grenzen Rußlands bekannt ist. Wraschny stützt sich in seinen Mitteilungen auf sozusagen amtliche kommunistische Quellen, es sind düstere Bilder erschütternden Ernstes, in ihrer schlichten Sprache um so packender, iragen sie das Gepräge furchtloser Wahrheitlichkeit.

Es seien kurz jene Tatsachen verzeichnet, die Mark Wraschny in seinem Aufsatz anführt: In einem Artikel vom 12. April 1924 berichtet die „Pravda“: „Ein hochqualifizierter Pädagoge bekommt weniger als eine Sowjetstenootypistin.“ Eine ganz einfache Stenootypistin bekommt in einigen unserer Regierungen „Wirtschaftsanstalten“ zehn bis zwölf Tschernwonje (ein Tschernwonje = ungefähr 18 Goldmark, rund 1500 Kč), ein hochqualifizierter Pädagoge mit Hochschulbildung erhält — drei Tschernwonje. Ein praktizierender Ingenieur der Elektrizitätsgesellschaft bezieht 50

bis 80 Tschernwonje, ein Professor, der diesen Ingenieur vorbereitet hat, — fünf bis sieben Tschernwonje monatlich!

Popoff, Mitglied des Moskauer Sowjets, hielt am 8. April 1924 in Moskau einen Vortrag über Volksbildungsangelegenheiten. Ein Fragezettel, der dem Herrn und Genossen Popoff nachher vorgelegt wurde, lautete: „Weiß der Sowjet, daß die Lehrer dank dem niedrigen Arbeitslohn schlechter leben als das Vieh?“ Und die Vettelöhne werden den Lehrern nicht einmal rechtzeitig ausgefolgt, mit mehrwöchigen, ja zwei- und mehrmonatigen Verspätungen. Die armen Lehrer des Sowjetparadieses müssen dann Nebenverdienst suchen, oder sie gehen elend zu Grunde. Nerven-erkrankungen, Tuberkulose sind notwendige Begleiterscheinungen solcher „Gehaltsverhältnisse“. Lunatschewsky, der so etwas wie Unterrichtsminister ist, weiß davon nichts, was sich auf pädagogischem Gebiete nicht in Perm oder Simbirsk, sondern in Moskau abspielt; er schreibt Dramen, Abhandlungen, hier und da erläßt er ein Dekret. Die Folgen der Mißverhältnisse sind die Massenflucht gerade vorzüglich, die besten Kräfte aus dem Schuldienst, und damit im Zusammenhange die Senkung des Bildungsstandes. Die Sowjets aber verfolgen ein System. So meldet die „Pravda“ in Nr. 110 vom 17. Mai 1924, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen hat, die Zahl der Studenten an den Hochschulen abzubauen.

Frau Krupskaja, gewiß eine Zeugin, der auch unsere Kommunisten nicht vorwerfen werden, sie sei „sozialverräterisch“ verfaßt, hat laut „Pravda“ vom 31. Mai 1924 auf dem Kongresse der R. P. Rußlands graufige Zustände geschildert: Lehrer hungern, Lehrer bekommen den Gehalt sehr verspätet, oder überhaupt nicht. „In einigen Gouvernements ist der Lehrer jetzt auf das materielle Niveau des Gemeindeführers früherer Zeiten gesunken. Der Lehrer geht von Haus zu Haus, heute hat er freitisch auf einem Bauernhof, morgen auf einem andern, übermorgen auf einem dritten. ... Oft kann der Lehrer nur dadurch bestehen, daß er sich über den Sommer bei einem reichen Bauern als Arbeiter verdingt.“ Blamäßig scheint die Vernachlässigung der Dorfschule in Sowjetrußland betrieben zu werden. So berichtet N. Spolianski in der „Pravda“, Nr. 102, daß „in Kaluga im Monat April der Lohnfonds der Bildungsarbeiter von 11.500 Rubeln auf 3800 Rubel gesunken ist, um 67 Prozent, und die Staatsabteilung des Gouvernements Kaluga vor der Frage des Massenschulabbaus steht.“ In der Kamyschin-Provinz werden die staatlichen Ausgaben in der Art vermindert, daß für den Verwaltungsapparat 25 Prozent, für die Polizei 35 Prozent, für die Volksbildung aber 75 Prozent in Betracht kommen, das heißt: von 500 Lehrern werden nunmehr noch 95 bezahlt, und zwar mit einem „Gehalt“ von zehn Rubeln 80 Kopfen im Monate. Während also die Sowjetgewaltigen 400 Schularbeiter auf Pfahle setzt, stützen sie die Polizei. Denn sie brauchen die Polizei. Nicht einbezogen in den Abbau wird die Geheimpolizei, die ehemalige Tscheka. Denn Polizei, Geheime und Tscheka sind die Stützen der Gewalt, Gewalt bedarf keiner Kultur und keiner Kulturmittel. Die Lage der Schularbeiter hat sich fürchterlich verschlimmert. Auch in Glasoff sind 300 Lehrer hinausgeworfen, alle Schulen und Bildungsinstitute der Stadt sind aufgelassen, lediglich die Kinderheime sind geblieben. Sogar in Moskau werden rund 20 Prozent aller Lehrkräfte geschlossen werden; der Etat des Unterrichts- und Erziehungswesens ist gedrosselt: Sowjetkultur?

Es ist jedem Einsichtigen klar, daß solche Vertümmelung wertvoller Kulturmittel fast augenblicklich die Kultur in fränklicher Verzerung ihr Reduzenshaupt aufreißt. Der Schnaps führt neuerlich sein Regiment, trotz aller Maßnahmen der Regierung. So meldet die „Pravda“ am 10. Mai 1924 in einem Telegramm aus Krasnojarsk: „Im Gouvernement Jenissei hat die Herstellung von Samogon (selbstgebranntem Kornschnaps) um sich gegriffen. Die Polizei hat tausende Samogonapparate beschlagnahmt.“ 1.800.000 Rubel Brot sind im Laufe des Jahres für Samogon verbraucht worden! Unter dem Jaren verlor das Gouvernement rund sieben Millionen Wodka, die neuer hergestellte Menge Samogon ist mehr als sechs Millionen Rubel.

So belegt Wraschny seine Ausführungen mit Belegen, die nicht abzuleugnen sind. Wenn die begeistertsten Kommunisten bei uns immer wieder betonen, das Bildungsniveau des russischen Arbeiters habe sich in den letzten Jahren bedeutend gehoben, so gilt dies nur sehr bedingt. Im gleichen Maße ist die Bauernschaft in zivilisatorischer Unkultur stecken geblieben, und die Bauernschaft macht 85 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Lenin hat bekanntlich den Ausspruch getan: „Wir haben uns im Tempo der Weltrevolution geirrt.“ Die gegenwärtigen Machthaber in Rußland aber sind jedenfalls in einem ganz andern Irrtum befangen, in einem Irrtum, welcher dem Weltproletariate verhängnisvoll werden muß. Sinowjew und sein Kreis, Krebisch, Neurath und wie sie hier heißen wollen, scheinen zu glauben, daß eine Armee, wenn auch eine rote Armee, daß Polizei und Tscheka das Proletariat zum Siege führen könnten, daß mit Gewalt allein der Herrschaft des Kapitals ein Ende bereitet werden könne. Stärkung des Klassenbewußtseins, Steigerung des Solidaritätsgefühls zu höchster Opferbereitschaft sind vorzügliche Mittel im Klassenkampfe. Und der Schule kommt im Befreiungskampfe des Proletariats eine hohe Bedeutung zu, eine Bedeutung, die die Klassenbewußte Arbeiterschaft immer mehr und mehr erkennt.

Kunst und Wissen.

Anton Bruckner.

(Zum hundertsten Geburtstag des Tonbilders am 4. September 1924).

Einer der ganz Gewaltigen im großen Reiche der Tonkunst ist Anton Bruckner. Gewaltig nicht nur hinsichtlich seiner schöpferischen Tätigkeit im allgemeinen, die fast ausschließlich der großen Kunstform gewidmet war, sondern gewaltig auch in der besonderen Art seines tonbildnerischen Schaffens, das Werke von ungewöhnlichen Dimensionen hervorbrachte. Ist doch die rein zeitlich außergewöhnliche Ausdehnung der Brucknerschen Symphonien auch heute noch der Hauptgrund, daß sie so selten aufgeführt werden. Die titanenhafte schöpferische Art Bruckners bildet übrigens einen merkwürdigen Gegensatz zu seinen persönlichen Lebensverhältnissen, die in der Enge der Armut, im kindlichen und Schlichten wurzeln. Bruckners Vater war Lehrer in Ansfelden bei Linz, wo unser Meister am 4. September 1824 das Licht der Welt erblickte, und starb mit Hinterlassung zahlreicher Kinder frühzeitig, so daß Bruckner schon als zwölftähriges Kind sein Brot als Sängerknabe im Stifte zu St. Florian verdienen mußte. Der Kampf um das liebe tägliche Brot führte ihn dem väterlichen Berufe zu; 1841 sehen wir ihn bereits als Schulgehilfen für ein monatliche Gehalt von ganzen drei Gulden in Windhaag an der Mäiß an. Schon hier beginnt des Meisters musikalisches Martyrium. Der sich bei dem schmalen Gehalt dazu bequemte, den Bauern zum Tanze aufzuspielen, wollte er



ein paar Kreuzer nebenbei verdienen. St. Florian ist seine nächste Lebensstation, wo er neben der Gehaltstätigkeit auch als Organist zu wirken Gelegenheit hat und sich in der Kunst des Orgelspiels außerordentlich vervollkommnet, so daß er schon im Jahre 1856 nach glänzendem Probepieler als Domorganist nach Linz berufen wird. Hier endlich erfüllt sich Bruckners musikalischer Wunsch. Der Bischof Dr. Rudigier wird sein eifrigster künstlerischer Förderer und ebnet ihm die Wege zu weiteren künstlerischen Aufstiege. Mit ungeheurerm Fleiß und Eifer ergibt sich Bruckner in Linz dem Musikstudium, läßt sich fünf Jahre von dem berühmten Wiener Kontrapunktler Sechter unterweisen und legt in geradezu aufsehenerregender Weise vor der Wiener Gesellschaft der Musikfreunde die sogenannte strenge Musikprüfung ab, bei der sich der damalige Wiener Kapellmeister Herbeck äußerte: „Er hätte uns prüfen sollen, nicht wir ihn.“ Das Verdienst Bruckner der weltlichen Musik zugesührt zu haben, gebührt einem wenig bekannten Kapellmeister. Richter mit Namen, der ihn vor allem mit der Tonkunst Wagners vertraut machte und ihn auch in der Orchesterkunde unterwies. Für den Symphoniker Bruckner ist diese Künstlerbekanntschaft von entscheidendem Einfluß gewesen, denn er war es, der die musikalischen Errungenschaften Wagners als Erster in die geschlossene Symphonieform übernahm. 1868 wurde Bruckner durch Verwendung des früher genannten Kapellmeisters Herbeck als Lehrer an das Wiener Musikkonseratorium berufen; nebstbei war er Organist in der Hofkapelle und Musikdirektor an der Universität. Wien war des Meisters letzte Lebensstation; hier erwartete er die Ehrendoktorwürde. Schrieb die Mehrzahl seiner Symphonien und erhielt schließlich eine Ehrenwohnung im kaiserlichen Hofschloß Belvedere, wo er, mitten in der Arbeit am Schlußakte seiner neunten Symphonie, am 11. Oktober 1896 den Geist aufgab. Unter der Orgel von St. Florian bei Linz, wo Bruckner als Sängerknabe und Organist Kindheit und Jugend verbrachte, ruhen dem eigenen Vermächtnisse nach die Gebeine dieses großen deutschen Tonbilders.

Bruckners tonkünstlerisches Schaffen war, wie bereits erwähnt, fast ausschließlich auf die großen musikalischen Kunstformen gerichtet. Sein tonbildnerisches Lebenswerk ist in den oerwähnten neun Symphonien niedergelegt, deren letzte unvollendet blieb. Als deren Schicksal der Meister aber selbst noch sein „Le drum“ bestimmte. Die bekannteste und vielleicht auch eingeandlichste unter ihnen ist die unter der Bezeichnung „romantisch“ erbaute vierte Symphonie. Bruckners sämtliche Symphonien gehören der geschlossenen und oratoriamlosen Symphonieform an. Hinsichtlich ihrer außerordentlichen selbstlichen Ausdehnung, oerwilligen thematischen Konzeption und musikalischen Richtung bilden sie das Mittelglied der romantischen Gattung, die von Beethoven zu Gustav Mahler führt. Die bedeutendsten Werke Bruckners neben den Symphonien sind: Vier große Messen, die sich aber meist eher für den

Konzertsaal als für den praktischen Gebrauch eignen, ein Requiem und ein wundervolles Streichquintett. Nebstdem schrieb Bruckner eine größere Zahl kleinerer kirchlicher Werke, mehrere Männerchöre und einige unbedeutendere Orchesterstücke.

Ein würdiges literarisches Denkmal Anton Bruckners, das zu seinem hundertsten Geburtstag besonders empfohlen werden kann, befindet sich in der von Adolf Spemann bei J. Engelhorn's Nachfolger in Stuttgart herausgegebenen Sammlung „musikalischer Volksbücher“, das der deutsche Musikgelehrte Karl Gurnoth in ebenso warmherzigen wie musikalisch-sachlich gründlicher Weise niedergelegt hat.

Edwin Janczke.

Wiedereröffnung der Spielzeit im Neuen Deutschen Theater. Noch stehen dem Publikum und den Sängern und Sängern unseres Opern- und Operettentheaters die Sommerferien in den Gliedern. Den weber der bisherige Theaterbesuch noch die künstlerische Art des bisher Gebotenen bedeuten einen verheißungsvollen Anfang. Nachdem der erste Spieltag selbstverständlicherweise der Operette eingemittelt worden war, beehrte uns der zweite Puccini's schon in der vergangenen Saison zu Tode gespielte japanische Oper „Butterfly“. Den amerikanischen Marineoffizier Inkeron sang der an Stelle Eisenbergs neugewählte lyrische Tenor Herr Karl Kuman, eine jener zahlreichen neuen Kräfte, die die Direktion ohne vorherige Anhörung der Kritik und der Stimme des Publikums aus eigener Machtvollkommenheit angestellt hat. Besseres haben wir mit diesem Sänger kaum eingetauscht. Seine nicht übermäßig große Stimme klingt nicht immer frei, bevorzugt in der Höhe forcierte Töne und erndet infolgedessen rasch. Auch der Darsteller Roumann wird noch manche Unart abzulegen haben, ehe er in den Rahmen unseres Theaters paßt. Die Ehre des Abends teilte Frau de Garmos ausgezeichnete Leistung als Butterfly.

Der wiedererweckte Humpelbinder. Dem „Prager Abendblatt“ ist es gelungen, den im Jahre 1921 verstorbenen deutschen Tonbildner Engelbert Humpelbinder, den Schöpfer des beliebtesten deutschen Märchen-Singspiels „Hänsel und Gretel“, wieder zum Leben zu erwecken und damit der deutschen Musikwelt unerwartete Freude und Ueberraschung zu bereiten. In einem Sonderausgabe der Dienstagnummer (vom 2. September) dieses Blattes läßt ein ungenannter Verfasser dem Meister seinen 70. Geburtstag feiern und schildert mit verblüffender Sicherheit die Bemühungen deutscher und fremder Konservatorien und Musikverleger, den Tonkünstler aus der Zurückgezogenheit seines Landstüchtes zu neuer Tätigkeit zu gewinnen. Allerdings und leider gibt es aus der Zurückgezogenheit des gegenwärtigen Landstüchtes des Meisters kein Zurück mehr.

Theaterspielplan. Heute abends im Neuen Theater die Operette „Rädi“ mit Elise Lorb-Meißner a. G.; in der Kleinen Bühne das Anechir-Lustspiel „Die deutschen Kleinstädter“ mit Popi Kramer-Blödnert.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Naturfreunde“. Prag, Sonntag, 7. September 1924: Wanderung von Jbraslaw am linken Ufer der Moldau bis zur Trnovaner Brücke und zurück am rechten Ufer nach Jbraslaw. Zusammenkunft 6.45, Abfahrt 7 Uhr mit dem Dampfer vom Palackyaal. Fahrtspreisen zirka 6 K.; Führung: Lederec. 2882

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschek und Karl Termax, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riegner. Druck: Deutsche Zeitungs-G. S., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Tischlergasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckwerken: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapier etc. in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

KALLA'S

Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur

Kalla's Fischkonserven

In allen Konsumvereinen erhältlich.